

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Hfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Nebenspalte Kolonelle resp. deren Raum 1,- Mark.

Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 26maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 60.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Altenverband Bochum.**

Inverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.** Druck u. Verlag von **Sansmann & Co., Bochum, Wilmshäuserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Aufruf an die organisierten Bergarbeiter!

Bergarbeiter, Kameraden! Die Vorstände der Bergarbeiterorganisationen, Alter Verband, Polnische Berufsvereinigung und der Gewerkverein der Bergarbeiter Hirsch-Duncker, haben beschlossen, für den 1. Februar 1909 von vorm. 9 Uhr ab einen

Allgemeinen Bergarbeiter-Kongress

nach Berlin S.-O., Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96-97, einzuberufen. — Als provisorische Tagesordnung ist aufgestellt:

1. Einführung von Grubenkontrolleuren, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden.
Referent: **Franz Pokorny, Alter Verband.**
2. Einführung eines Reichsberggesetzes unter besonderer Beachtung a) des Bergarbeiter-schutzes und Regelung des Strafwesens, b) Einführung der achtfündigen Schichtzeit und c) der einheitlichen Reform des Knappschaftswesens.
Referent: **S. Schmidt, Hirsch-Duncker'scher Gewerkverein.**
3. Verbot und Bestrafung der Schwarzen Listen-systeme und der dauernden Sperren.
Referent: **A. Sofinski, Polnische Berufsvereinigung.**

Kameraden, die ihr gewerkschaftlich organisiert seid, die unterzeichneten Vorstände ersuchen euch, nun in allen Revieren möglichst bis Mitte Januar die Delegiertenwahlen in öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. Die Delegationskosten trägt jede Organisation für die von ihr gewählten Delegierten selbst. Die Gewählten haben sich dann mit Angabe ihrer Adresse bei ihrer Organisationsleitung zu melden, damit ihnen die Druckfachen zugestellt und Logis für sie besorgt werden können.

Die Grubenherren und ihre Trabanten arbeiten zurzeit eifrig gegen eine etwaige Berggesetzreform, deshalb müssen auch die Bergarbeiter nochmals in markanter Weise auf einem gemeinsamen Kongress ihre Forderungen formulieren und allen deutschen Regierungen und Parlamenten zu Gehör bringen. Die Regierungen und Landesparlamente sollen eingeladen werden.

Kameraden! Laßt euch durch die ganz verkehrte Stellungnahme der Leitung des christlichen Gewerkvereins nicht abhalten, den Kongress recht zahlreich zu beschicken. Jetzt muß alles aufgeboten werden, um reichsgesetzlichen Bergarbeiter-schutz zu bekommen. Kameraden! Wählt tüchtige und fachkundige Kollegen, die in Berlin frei und offen eure Meinung und Interessen vertreten.

Mit kameradschaftlichem Glückauf!
B. Sachse, Alter Verband. A. Sofinski, Poln. Berufsvereinigung. S. Schmidt, Gewerkverein H.-D.

Die Kameraden, soweit sie als Delegierte an dem Kongress teilnehmen, ersuchen wir, ihre genaue Adresse anzugeben, gleichfalls den Bezirk, für den sie gewählt werden. Das muß aber sofort geschehen, wenn die Wahlen vollzogen sind, da die Zeit drängt. Das nötige Material wird den Delegierten dann zugestellt werden. Ebenso wird beim Unterzeichneten alle sonstige Auskunft, soweit der Kongress in Frage kommt, erteilt.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Wer war bei der Berggesetzreform in Bayern zuerst auf dem Plan?

Unsere Kameraden werden sich entsinnen, daß, als im Laufe des verflossenen Jahres der bayerische Landtag eine Abänderung des Berggesetzes in Angriff nahm und schließlich einen Gesetzentwurf beschloß, der wichtige Forderungen der Bergarbeiter (Achtstundenschicht, Mollenverbot, Strafeinschränkung, Arbeiterkontrolleure) wenigstens viel besser berücksichtigte, wie die preussische „Berggesetzreform“, die Agitatoren des Zentrums-gewerkvereins flugs behaupteten, die begriffswürdigen Gesetzesabänderungen seien eine Folge der diesbezüglichen Gewerkschafts-petition. Diese sei nicht nur so ausgezeichnet gewesen, daß sich der sozialdemokratische Fraktionssekretär Abg. Auer ein Petitions-exemplar extra erbeten habe, sondern der Zentrums-gewerkverein sei, „wie immer, bahnbrechend“ zuerst auf dem Plane erschienen.

Unschuldig wurde eingeräumt, auch der Bergarbeiterverband habe eine Petition eingereicht, indessen sei diese doch kaum gegenüber der vortrefflich begründeten Petition des Gewerkschaftsvereins in Betracht gekommen. Kurzum, er war am frühesten auf dem Plane erschienen, alle alles auf das allerbestmögliche begründet, ihm gebühre darum der Dank der Bergarbeiter.

Unsere Einwendungen, die Sache verhalte sich doch ganz anders, wurden in der bekannten „überlegenen“ Manier abgetan, die ein besonderes Kennzeichen der M.-Glabbacher Schule ist. Da uns auch in der letzten Zeit wiederholt berichtet wurde, die Agitatoren des Zentrums-gewerkvereins rühmten sich, „auch in Bayern zuerst auf dem Plane“ gewesen zu sein, so verschafften wir uns die einschlägigen bayerischen Landtags-drucksachen, um, gestützt auf dieses Material, den Kameraden zu beweisen, mit welcher Ungenauigkeit sich die Zentrums-gewerkschaftsagitatoren mit fremden Federn schmücken. Ob hierbei Gedächtnis-schwäche oder Wahrheits-liebe vorliegt, überlassen wir der Deffinitivität zur Beurteilung.

Die Berggesetzfragen wurden erörtert im 15. Ausschuss des bayerischen Landtages. Dem Ausschuss lag der Entwurf der Regierung vor, außerdem wurden überwiesen die zu dem Gegenstand eingegangenen Anträge und Petitionen. Als Referent wurde der Zentrums-abgeordnete und Gewerkschaftssekretär Königsbauer bestimmt. Die Beson derheit des Referenten bürgt dafür, daß er sicher nicht verschweigt, was zu Gunsten der Zentrums-partei und ihrer Gewerkschaften spricht. Herrn Abg. Königsbauer wurden auch die vorliegenden einschlägigen Anträge und Petitionen zur Behandlung überwiesen. Er hat darüber einen 15 Seiten umfassenden Bericht verfaßt, dem wir entnehmen:

Aus dem Landtage selbst waren gestellt die Anträge „Simon und Genossen“ (Beilage Nr. 13) und die Anträge „Dswald, Dauer, Königsbauer und Genossen“ (Beilage Nr. 31). Da sämtliche Drucksachen nach der Zeit ihres Einlaufs registriert werden, so ergibt sich, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten Simon und Genossen mit ihren Bergarbeiter-schutz-anträgen viel früher aufgetaucht sind, wie die Zentrums-

abgeordneten Dswald, Dauer, Königsbauer und Genossen! Die sozialdemokratischen Landtags-abgeordneten in Bayern haben sich also auch diesmal wieder, wie 1899, als die rührigsten Vertreter der Bergarbeiter-forderungen erwiesen.

Nun zu den vorliegenden Petitionen. Wir wollen sie getreu nach dem Bericht des Zentrums-abgeordneten und Gewerkschaftssekretärs Herrn Königsbauer anführen. Der Berggesetzkommission lagen vor:

1. Petition des Werkmeisterverbandes, Elz Düsseldorf, betreffend Änderungen des Berggesetzes (7. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 5).“

2. Petition des Bergmanns Karl Gaimmer, Zeche Steinbach-Brüden, 8. Bezirksamt Homburg und 42 Genossen ebendort, betreffend die Festsetzung des Mindestalters jugendlicher Arbeiter für die Anfahrtsarbeiten in Bergwerken mit ausschließlichem Stollenbetrieb (9. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 6).“

3. Petition der Delegation der Steinlohlengrube Breitenbach, gleichen Betreffs (13. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 9).“

4. Petition des Verbandes der Arbeiter und Bediensteten der bayerischen Staats-Berg-, Sütten- und Salinenwerke, betreffend die Wünsche des in nebenbezeichneten Betrieben beschäftigten Arbeitspersonals (13. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 11).“

5. Petition der Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands betreffend Abänderung des Berggesetzes für das Königreich Bayern vom 20. März 1899 (7. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 4).“

6. Petition der Gewerkschaft Steinbach (Gruben Brüden und Steinbach) betreffend die Abänderung des Berggesetzes, hier Ablehnung des neuen Artikels 126 (11. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 7).“

7. Petition des Vorstandes des Knappschaftsvereins Steinbach betreffend die Abänderung des Berggesetzes, hier des Artikels 213a, Absatz 2, „Gefährdung erheblicher Interessen der Knappschaftsvereine bei Stimmengleichheit des Vorstandes“ (11. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 8).“

8. Petition des Vorstandes des Knappschaftsvereins Breitenbach, gleichen Betreffs (13. Petitionsverzeichnis, M. Nr. 10).“

Nur diese Petitionen lagen der bayerischen Landtagskommission für die Beratung des Berggesetzes vor! Herr Abg. Königsbauer hat sie getreulich aufgeführt. Was ist denn aber in dem Verzeichnis die wunderbare Petition des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands?!! Nirgend ist in dem Referentenbericht, datiert vom 26. Juni 1908, von einer Gewerkschafts-petition die Rede!!!

Die Landtagskommission hat ziemlich lange beraten; als die Beratungen zum Abschluß kamen und der Bericht fertiggestellt war, noch immer keine Gewerkschafts-petition eingelangt! Die wichtigen Beschlüsse der Berggesetzkommission, denen später der Landtag seine Zustimmung gab, sind zustande gekommen ohne Gewerkschafts-petition! Es war überhaupt keine da! Ob sie dann noch einging, als die entscheidenden Beschlüsse schon gefaßt waren, ist fürchtbar gleichgültig. Als es Zeit dafür war, fehlte die Gewerkschafts-petition! Daß der sozialdemokratische

Abg. Auer sich extra ein Exemplar der später einlaufenden Gewerkschafts-petition ausbat, ist sehr einfach zu erklären. Abg. Auer hat als Fraktionssekretär die Aufgabe, alles für die Landtagsarbeit einschlägige Material zu sammeln, ganz gleich, wann es erscheint oder wer es herausgibt. Wir haben aber aus dem Kommissionsbericht des Zentrums-abgeordneten Herrn Königsbauer nun unwiderleglich festgestellt: Die Zeitung des „Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute“ hat der Landtagskommission für die Berggesetzberatung überhaupt kein Material zur Verfügung gestellt! Die Kommission hat ihre Beratungen geschlossen, der Referent hat seinen Bericht abgefaßt, und immer noch fehlte die Gewerkschafts-petition!

Der Gewerkverein hat demnach gar keinen Einfluß genommen auf die Beschlüsse der bayerischen Berggesetzkommission. Seine Petition kam schließlich, als die entscheidenden Kommissionsberatungen schon erledigt waren! Trotzdem behaupten die Gewerkschaftsagitatoren ungeniert, sie seien rechtzeitig, sogar „zuerst auf dem Plane“ gewesen. In Wirklichkeit haben die kleinen, großen und größten Generalwelt-marschälle die richtige Zeit vertrödel. Sie hatten „wichtigeres“ zu tun, nämlich den Kampf gegen die Arbeitsbrüder in den anderen Organisationen zu führen.

Gingegen geht unwiderleglich aus dem von Herrn Zentrums-abgeordneten Königsbauer zusammengestellten Petitionsverzeichnis hervor, daß die Vertrauensleute unseres Bergarbeiterverbandes allen anderen voraus am allerersten auf den Plan traten für die Interessen der gesamten Bergarbeiterschaft! Die Petition des Bergarbeiterverbandes war die erste zur Sache, später kamen die anderen Petenten, die „rührige Gewerkschaftsleitung“ kam da noch lange nicht; sie schloß auf ihren Vorbeeren aus, während unser Verband ohne Larm und aber zweckmäßig die Bergarbeitervertretung besorgte. Der Referentenbericht des Zentrums-abgeordneten Herrn Königsbauer beweist auch, daß Herr Königsbauer die Petition unseres Verbandes eifrig benutzt hat, sie hat ihm manchen Fingerzeig gegeben. Unsere Petition stellte alle die Forderungen auf und begründete sie eingehend, die darauf von der Landtagskommission in den Regierungsentwurf hineingearbeitet wurden. Zugewiesen schloß die „rührige Gewerkschaftsleitung“ harmlos, wie immer, in den Tag hinein.

Dieses sehr wichtige Beispiel lehrt allen Kameraden, daß es der Bergarbeiterverband ist, der stets und rechtzeitig alle Möglichkeiten ausnützt, um für die ganze Kameradschaft Vorteile zu erringen. Darum stärkt fortgesetzt unsere Reihen, Kameraden, — ihr tut es zu eurem und eurer Familien Wohl!

Der gelbe Sumpf.

Im Ruhrbecken hat der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter ganz gegen den Willen seiner Gründer den Versuch einer „christlichen Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ verfallen müssen. Die Arbeiter, Arbeiter-Stimmen und Grubenleute lehnten ihre Ergebung durch die Münder-Glabbacher Christenlehre ab, warfen die nach

Der Wunsch der Bergwerksbesitzer schmachthenden Gewerksvereiner mit den Sozialdemokraten in einen Topf und behandelten sie auch in allgemeiner dazwischen. Das hat dann schließlich den Gewerksvereiner selbst gezwungen, sich von seinem ersten Namen, ein Kampfbund zu 'M', Abstand nehmen mußte und anfangs wider Willen und wohl auch wider besseres Wissen den Klassenkampf zu präzisieren. Die Grubenherren piffen auf christliche Grundsätze, hielten mit ihrem Entgegenkommen zurück und das veranlaßte die christlichen Arbeiter, ihre Führerschaft auf den Boden zu drängen, wogegen diese sich bisher gewahrt hätten. Manches Vorkommnis - Stöße und manches Liebeln mit den Werksbesitzern haben sich nachträglich noch christliche Werksführer zu Schulden kommen lassen, aber in christlichen Arbeiterkreisen war man damit nicht immer einverstanden. Es ist zu harten Kämpfen auch innerhalb des Gewerksvereins gekommen und schließlich - wie hätte es auch anders kommen können, die Verhältnisse waren stärker als der Wille christlicher Demagogen. Wir haben gemeinschaftliche Kämpfe der Bergarbeiter aller Richtungen im Ruhrbecken erlebt und es lag gewiß nicht an den Bergarbeitern, wenn die Einheit des Handwerks nicht für immer aufrecht erhalten wurde. Wir erleben ja jetzt anlässlich des Berliner Kongresses wieder einmal, wie die Leute sind, denen die Einheit der Bergarbeiter ein Dorn im Auge ist und die durch ihr Verhalten nur der gesamten Bergarbeiterchaft Trauschlüsse in's Gesicht verlesen. Nun, wir werden die Zeit noch erleben, wo es den christlichen Bergarbeitern ausdämmern wird, daß solche und ähnlichen Vorgehen ihrer Führer ein Dämpfer aufsetzt und zwar endgültig aufgesetzt werden muß. Sie, die christlichen Bergarbeiter, sind es ja mit, die die Kosten dieser Bespitzelung zu tragen haben. Das wird auch den letzten von ihnen die Augen öffnen. Immerhin, aus dem Gewerksverein ist das nicht geworden, was seine Gründer von ihm erwünschten und was die Grubenbesitzer nach dem damaligen Programm des Gewerksvereins erwarten konnten. In den Hoffnungen betrogen, so können Gründer dieser Gewerkschaft und auch die Grubenbesitzer ausruhen. Die letzteren ganz gewiß, wenn sie vermehrt haben, die christlichen Arbeiter einmal für immer vor den Werkskeren spannen zu können. So etwas kann nur noch hier und da gelingen, wo Werksbesitzer und christliche Arbeiterführer mit künstlichen Mitteln, aus Haß z. B. gegen den Bergarbeiterverband und gegen die Sozialdemokratie ihre Geschäfte über die Köpfe der christlichen Arbeiter hinweg abmachen. Im großen und ganzen wollen die Werksbesitzer vom Gewerksverein ebenso wenig wissen, wie von anderen Bergarbeiterverbänden.

Ängstlich schon haben sich die Grubenbesitzer im Ruhrbecken Organisationen der Bergarbeiter gewünscht, die sich dem Willen der Werkskeren auf Haut und Haar verschreiben und die auf jede Selbstständigkeit, wie gewerkschaftliche Betätigung verzichten. Gelbe Bergarbeiterverbände im Ruhrbecken sind das Ziel in Werksbesitzerkreisen im Ruhrbecken. Im Mansfeldschen, im Luga-Delsniger Revier, in Niederschlesien sind die Grubenbesitzer schon so glücklich gewesen, gelbe Gewerkschaften bilden zu können. Und zwar sind es hier die sogenannten „reichstreu“ Knappenvereine, die sich den Werksbesitzern mit Haut und Haaren verschrieben haben und die heute so ziemlich die Avantgarde der bereitwilligen deutschen gelben Gewerkschaften bilden. Allzugroßen Schaden richten sie ja nicht an, da die Mehrzahl der Bergarbeiter sich von solch unaufrichtigen Organisationen wie sie oft genug die Begleiterzeichnungen der gelben Gewerkschaften sind, fernhalten. Auch im Ruhrbecken hat es nicht an Versuchen gefehlt, Bergarbeiterorganisationen auf „reichstreu“ Grundlage zu schaffen. Diese Gewerkschaftsgebilde haben aber stets Todeskeime in sich getragen, wenn sie entstanden und sie gingen nach kurzem Bestehen stillschweigend ein. Hoffnungen hatten die Unternehmer vielfach in die evangelischen Arbeitervereine des Ruhrbeckens gesetzt, jedoch auch diese haben nicht nach dem Werkswillen eingeschlagen. In jüngster Zeit wird eine Bewegung unter den Masurern gepflegt, die sich ganz besonders des Wohlwollens der Werkskeren erfreut. In dieser Masurenbewegung hat man ja schon zum Ausdruck gebracht, daß man sich weder mit den „christlichen“, noch mit den sozialistischen Gewerkschaftsziele identifizieren werde. Im Gegenteil, maßvolle Arbeiter werden in Identifikationen gehindert, gewerkschaftliche Fragen anzuschneiden, dahingegen weiß man vom „Wohlwollen“ der Werksbesitzer nicht wenig zu erzählen und auch in der Verteilung der Grubenbesitzer bei gewissen Anlässen blieb die maßvolle Bewegung nicht zurück, was ja nicht zu verwundern ist, da bekannte von Werksgebern mit ausgehaltene nationalliberale Parteisekretäre die führenden „Kameraden“ und „Beiräte“ abgeben. Sowie die Masurenbewegung sich zu einer ausgesprochenen gelben Gewerkschaft entwickeln wird, muß abgewartet werden, die Keime zu einer solchen sind in diese Bewegung hineingelegt. Wenn nicht doch noch der gesunde Sinn masurischer Arbeiter schließlich solchen und ähnlichen Plänen ein Schnippschen schlägt.

Wie dem auch sei, es ist kein Zufall, daß die Bestrebungen eines der vornehmsten Führer der gelben Gewerkschaften, Herrn Rudolf Rebus, die gelben Gewerkschaften nach dem Ruhrbecken zu verpflanzen, mit der Masurenbewegung zusammenfällt.

Da ist im Verlag des deutschen Metallarbeiterverbandes in diesen Tagen eine Broschüre erschienen, (32 Seiten stark) die nicht weniger als 92 Briefe des Herrn Rudolf Rebus an Fabrikdirektoren, Bergwerksvereine, Arbeitgeberverbände, Unternehmer und Arbeiter enthält. Diese Briefe sind von Rebus in der Zeit vom Herbst 1907 bis zum Sommer 1908 geschrieben worden, die die gelben Gewerkschaften und ihre Führer wie wirmer recht kennzeichnen. Wir wissen ja, welcher Stumpf in Niederschlesien aufgedeckt wird, nachdem die Arbeiterpresse in der Sage ist, interne Angelegenheiten der „reichstreu“ Knappenvereine im Waldburger Kohlenrevier aufzudecken. Das stinkt zum Himmel. Nicht bessere Luft weht uns aus den Briefen heraus, die Herr Rebus verfaßt und die jetzt durch die Broschüre der weiten Öffentlichkeit unterbreitet werden. Es zeigt sich in den Briefen wieder einmal, daß die gelben Gewerkschaften eine Bewegung sind, die von gewissen Arbeitgebern gegen die Gewerkschaften gebildet wurden. Aber die Briefe zeigen auch die ganze Moral gelber Arbeiterführer. Absichtlich werden die Arbeiter getäuscht, um Geld zu verdienen. Und Herr Rebus weiß, was er zu tun hat, um Geld für sich herauszuschlagen. Gründer gelber Gewerkschaften, damit mehr Blatt, der „Bund“ Abonnenten erhält! Einzelne sucht Herr Rebus Verbindungen. Heute spricht er bei einzelnen Fabrikanten vor, um sie zur Modernisierung ihrer Werkvereine zu gewinnen, morgen ersucht er Vetter der Unternehmerorganisationen um Audienz, dann taucht er beim Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, im Flottenverein und der Kolonialgesellschaft auf und schließlich empfiehlt er die Gründung einer „nationaldemokratischen Partei mit nationalem Programm“. Und alles das, um nur Geld zu verdienen. Ueberall liegt er den Unternehmern in die Ohren, überall schmeichelt er sich an, versendet Bittschreiben, benimmt und beichtet. Kurz und gut, dieser Leiter der gelben Gewerkschaften zeigt, wie ähnlich Herr Ermert in Niederschlesien, was man aus sich machen muß, wenn man seinen Posten in der gelben Gewerkschaftsbewegung ausfüllen will. Wir empfehlen den Kameraden das Lesen des Büchleins, das wertvolles Material zur Naturgeschichte der gelben Gewerkschaften enthält. Und mit einer solchen Bewegung will man auch das Ruhrbecken beglücken, wie folgende Briefe des Herrn Rebus beweisen. Der erstere Brief richtet sich an den Bochumer Verein mit dem Wunsche, bestehende Werkvereine in gelbe Gewerkschaften umzumodeln bezw. an diese anzugliedern. „Arbeiterfriedensbewegung“ nennt Rebus die gelben Gewerkschaften! Weitere Briefe an Rheinisch-Westfälische Werksvereine fordern die Direktoren auf, gelbe Gewerkschaften zu gründen als Allheilmittel gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften. Daß Herr Rebus seine Sache den Werkskeren recht schmackhaft macht, versteht sich an Hande. Die Gelben, die etwa 20000 Mitglieder in Deutschland, vielleicht einige Tausend mehr zählen, sind ganz dazu angetan, den freien Gewerkschaften in einem halben Jahrzehnt die Hälfte der Mitglieder abzugewinnen bezw. zu bringen. Herr Rebus sollte uns Heber erzählen, wie viele Unternehmer, selbst Scharfmacher, es sind, die seine und der Gelben Bekanntheit suchen. Meinlichtheitsliebende Unternehmer haben das Urteil über die Gelben schon längst gesprochen. Und vielleicht bestimmen sich auch Werksbesitzer im Ruhrbecken noch, ehe sie sich wirklich mit Herrn Rebus in Gespräche einlassen. Wie Herr Rebus vorgeht und was er verspricht, das zeigen auch die Briefe an die Werksvereine in der Bergbauindustrie. Diese Briefe lauten:

„Herrn Geheimrat V a r e, Bochumer Verein, Bochum.

Sehr geehrter Herr Geheimrat!
 Leider war mir am letzten Samstag die Ehre einer Rücksprache mit Ihnen nicht vergönnt. Ich hätte Ihnen sonst gern das Nähere ausgeführt, daß es wohl in Ihrem Interesse liegt, Ihre Arbeiterorganisationen etwas zu modernisieren. Auch Ihr Privatsekretär gab mir zu, daß die konfessionelle Arbeiterorganisation keine gesunde Organisation sei. Neuerdings macht sich in den konfessionellen Arbeitervereinen immer mehr das Streben nach den christlichen Gewerkschaften bemerkbar. „Die Arbeit“, das evangelische christliche Vereinsorgan, besitzt ja auch im Ruhrgebiet und in Bochum Abonnenten. Daß dieses Blatt in echt sozialdemokratischer Manier schreibt und heßt, wird Ihnen ja wohl bekannt sein. Die konfessionelle Organisation hat auch den Nachteil, daß sie immer nur einen Teil der Belegschaft erfaßt.

Ich würde Ihnen vorschlagen, ganz allmählich lieber eine gelbe Organisation in Ihrem Werke zu befördern. Das würde ungefähr auf dasselbe hinauskommen, als wenn ein weitsehender Fabrikant seine noch nicht ganz veralteten Maschinen durch moderne Maschinen ersetzt und mit dieser Maßnahme nicht bis zu dem Zeitpunkt wartet, wo ihm das Feuer unter den Nägeln brennt. Unsere ganze Vergangenheit und unsere Erfahrungen beweisen, daß wir unter konfessionellen Gegensätzen nicht zu leiden haben. In unserer gelben Organisation sind Katholiken und Protestanten gleichermaßen vertreten. Das kommt daher, daß wir dem Grundgesetz huldigen, Religion ist Privatangelegenheit. Wir machen es aber nicht so wie die Sozialdemokraten, die unter diesem Firmenschild die Religion bekämpfen, sondern wir empfehlen unseren Mitgliedern, ruhig in ihren religiösen Vereinen zu bleiben, falls sie darauf Wert legen, denn vermutlich werden einige Dortmunder Firmen gelbe Werkvereine in's Leben rufen. Unter solchen Umständen wäre es für unsere gelbe Arbeiterbewegung ein hoher

Zur Naturgeschichte eines Bergassessors.

Ein ehemaliger Berg-Akademiker schreibt uns:
 Da der Abg. Sothein anlässlich der Besprechung der Grubenkatastrophe auf Besse Akadob. so recht treffend die Einstellung einzelner Herren Bergassessoren schilderte und der Minister glaubte, es sei notwendig, daß an der Spitze größerer Unternehmungen akademisch gebildete Leute stehen müßten, die Anordnungen treffen, die dem Betriebsführer über den Horizont bezüglich seiner technischen Kenntnisse hinausgingen, so sei hier in kurzen Anrissen die Entwicklung eines Menschen zum Bergassessor illustriert.
 Ein in der Wahl seiner Eltern sehr vorsichtiger Sohn wird von seinen Eltern und Erziehern äußerst sorgsam gehütet, daß er nicht mit dem Proletariat in Berührung kommt und dessen Mäuren annimmt, die Schuljahre auf dem Gymnasium werden abgelesen, sich in Zigarettenrauchen geübt und gelernt, viel von sich selbst und wenig von anderen zu halten, das Abiturium wird gemacht und bei der Wahl seines Berufes entsetzt er auf einmal, daß Onomen und Wachtelmannchen an seiner Wiege gestanden und er entschließt sich, das Bergfach zu studieren. Zehn Jahre ist der Vater Akadior oder im Auftrag des bei einer größeren Gewerkschaft und er bei seiner späteren Stellung doch nicht auf seine erworbenen Kenntnisse angewiesen, da ihm dieselben doch durch Protektion ersetzt werden. Nach einigen dem Oberbergamt zu erlegenden Formalitäten wird er angewiesen, auf irgend einer Besse sich die notwendigen praktischen Kenntnisse zu erwerben. Man geht es zur Besse, um sich dem Direktor anzuschließen bezw. anzuschließen. Dieser sieht in ihm den besten Menschen - bekanntlich hängt der Mensch erst mit dem Uffespor an - läßt ihn ein zu einer Besse, erwidert sich nach dem Herrn Bergbauassessor wohlwollenden Ahnen und nachdem er ihn noch gewarnt, mit den Arbeitern ja nicht mehr wie notwendig zu verkehren, schickt er ihn zum Betriebsführer, um auch hier der Form nach seinen Verpflichtungen nachzukommen und sich anzuschließen. Der Betriebsführer, der sonst täglich ein Gesicht macht wie der Polizeihund Pan, der einem großen Verbrecher auf die Spur gekommen, setzt, nachdem er gehört, daß man es zu tun hat, ein Gesicht auf wie nach einer glücklich abgelaufenen Befragung seitens des Revierbeamten, wo es ihm gelungen ist, denselben irgendwas hinzuzufügen, wo nichts zu finden war, oder mit anderen Worten, wenn er diesen ein Schnippschen geschlagen hat. Um nun aber wieder auf besagten Sammel, diesmal Bergbaue - stützen sich zusammen, wird nun die Frage der Unterwelt erledigt bezw. überlegt, wo er sich nun nach anschließen soll. Da er nach Auffassung des Betriebsführers Besse doch noch im Range nicht gleich steht, mit den unterwertigen Besse, wie Steiger und Arbeiter, aber auch nicht in Berührung kommen soll, so wird er bei dem Fahr- oder Obersteiger untergebracht, mit dem er dann in der Regel an- und abfährt. Nun heißt es anfahren. Fast immer wird er einem solchen Betriebspunkt zugewiesen, wo er, wie es heißt, nichts tun machen kann. Die Leute unter ihm sind es, die er nicht mehr sieht. Er ist in der Lage, und so hat er nun die gesamte Besse, die par ostensio praktische Kenntnisse zu sammeln, wenn er nur auch ausgiebig Gebrauch macht. Manchmal

Steiger wird später bei den Befahrungen mit einem in dieser Praxis praktisch vorgebildeten Herrn Uffesor klar, welche Kenntnisse man sich doch so im Handumdrehen aneignen kann. Und doch sind Leute und darunter auch Beamte da, die es sich noch zur Ehre anrechnen, wenn ihnen ein solcher Bergbauassessor zugeteilt wird, um dann später renomieren zu können. Ich habe mit dem und dem zusammen gearbeitet, oder: Ich habe den und den im Revier gehabt. Vielleicht glaubt der eine oder der andere auch später davon einen Vorteil zu haben, indem er auf dessen Protektion rechnet, aber sie werden allemal davon enttäuscht. Sobald diese Herren der Besse den Rücken gekehrt, sind ihnen Arbeiter und Beamte lust.

Was leistet nun ein solcher sog. Bergbauassessor? Nichts, rein garnichts! Einen Stempel schlagen, oder einen Schuß bohren und besetzen? Nein, denn die Arbeiter haben keine Zeit, sich damit zu befassen, ihm diese Kunststücke beizubringen. Und doch genügt ein Jahr solcher Praxis für den späteren Studenten des Bergfaches. Nachdem nun für ihn die Schinderei, wie er sich oft ausdrückt, zu Ende ist, geht er zur Universität und Bergakademie. Nachdem er nun hier von irgend einem Corps geteilt, kann die Geschichte losgehen, aber glaubt ja nicht, daß damit das Studieren gemeint ist; nein, zuerst kommt die Ausbildung im Bau- und Bierkommen. Ein solcher Student stellte sich mir im Hörjaal einmal vor mit den Worten: „Nun hat Professor N. noch einen mehr bekommen, der die Kollegen schwänzt“ und er erbatte hierzu den Wahrheitsbeweis gründlich, indem er sich höchstens alle vier Wochen einmal sehen ließ. Der Professor aber, den dieser Student meinte, sagte zu mir wörtlich: „Ich begreife nicht, daß man solche Leute in Westfalen zu Direktoren macht.“ Anheimeln mußte der Herr Professor nicht, daß wenig Kenntnis und viel Protektion genügt, diesen Herren solche Posten zu verschaffen. Jeder Student des Ingenieurfaches ist ernstlich bestrebt, den Herren Professoren durch Anwesenheit bei den Vorlesungen zu zeigen, daß sie Interesse an Studium haben. Was fragen aber diese Staatsbedienten danach, was der Professor von ihnen denkt. Sie steigen ja bei diesem nicht ins Geringe, sondern machen dasselbe beim Oberbergamt und man hört es kaum, daß dort einmal einer gerufen ist. Nachdem er sich nun noch die Zugehörigkeit zu einem Corps durch ein paar Durchzieher hat attestieren lassen, womit zugleich seine Schneiderei zur Genüge erweist, steigt er ins Geringe und heranzukommen er als hochwohlwollender Bergassessor. Als solcher wird er schon bei den Eltern herabgezogen und nicht zum mindesten von letzteren selbst in eine hohe Steuerklasse eingeschätzt. Da aber ein Bergassessor immer noch nur ein halber Mensch ist, so heißt es, sich nun auf den Uffesor vorzubereiten und dazu gewährt man ihm eine Zeit von drei Jahren. Während dieser Zeit wird er mit Güten, Salinen, Maßfahndende und wie die Kunden alle heißen mögen, beschäftigt, so daß er, wie sich ein alter erfahrener Lehrer einmal recht gut ausdrückte, von allem etwas und vom ganzen garnichts lernt. In dieser Zeit wird er auch in die Geheimnisse eingeweiht, wie man ein Revier führt - er tut nämlich drei Monate Dienst als Reviersteiger. Wenn er aber hierbei den Befähigungsnachweis für seinen späteren Beruf erbringen sollte, so würde er in seiner Laufbahn häufig Fiasko machen. Es gehören bei

moralischer Erfolg, wenn auch Sie durch Begründung eines gelben Werkvereins sich zu der neuen Arbeiterbewegung bestimmen würden. Mit vorzüglicher Hochachtung Rudolf Rebus.

- An die Direktion der Harpener Berg- und Baugesellschaft, Dortmund.
- An die Direktion der Hibernia-Bergwerks-Gesellschaft, Ferne.
- An den Bergbauischen Verein, Essen.
- An die Direktion des Fürder Vereins, Herde (Westf.).
- An die Direktion der Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb „Phönix“, Herde (Westf.).
- An die Gesellschaft der Bergwerks-Gesellschaft, Gelsenkirchen.
- Abblidliche Direktion!
- Während die gelbe Arbeiterbewegung in Berlin, Magdeburg, Dresden, Kiel usw. große Fortschritte zu verzeichnen hat, ist im Ruhrgebiet, dieser industriellen Hochburg, bisher noch kein gelber Verein begründet worden.
- Nach meiner genauen Kenntnis des Ruhrgebietes müßte es gerade in den Besse möglich sein, gelbe Werkvereine ins Leben zu rufen. Die gelbe Arbeiterbewegung ist in erster Linie eine Kampforganisation ehemaliger Sozialdemokraten gegen die Sozialdemokraten. Unsere großen Erfolge gerade dort, wo die Sozialdemokratie mächtig ist und unüberwindlich gerade, beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Durch die gelbe Arbeiterbewegung haben bereits im letzten Jahre die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Berlin um viele tausend Mitglieder abgenommen. Wir hoffen, im Laufe eines halben Jahres das die Sozialdemokraten um die Hälfte ihrer Mitglieder gebracht zu haben. Freilich ist es nötig, daß wir bei diesen Werken bei den Arbeitgebern auf Verständnis und Unterstützung stoßen.
- Ich bin gern bereit zu weiterer Auskunft und würde eventuell zu einer Rücksprache nach dort kommen.
- Mit vorzüglicher Hochachtung Rudolf Rebus.

Aber auch gegen die Christlichen wendet sich der Führer der Gelben in folgendem Briefe:

„Herrn Dr. Wagner, Mastatt-Burbach, Burbacher Gütle. Sehr geehrter Herr Doktor!
 Ich bekenne mich zum Empfange Ihres Schreibens vom 4. dieses Monats. Ich möchte nochmals hervorheben, daß die Redaktion des „Bund“ gern bereit ist, nimmere auch den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften aufzunehmen. Dazu brauchen wir aber die Mitarbeit von Kritikern, die in Ihrem Industriegebiet wohnen.“ Es würde sich empfehlen, daß auch gelegentlich Arbeiter das Wort in der Zeitung erhalten. Vorgefunden war ich in Dortmund, wo ich mit der Direktion der Union Rücksprache nahm. Da die Direktion der Union der Einführung einer gelben Gewerkschaft und dem Abonnement des „Bund“ für ihre Arbeiter wohlwollend gegenüber steht, so werden wir nimmere auch im Ruhrgebiet Einzug halten und damit kommen wir Ihnen brüchlich bereits erheblich näher.
 Mit vorzüglicher Hochachtung Rudolf Rebus.

Daß die Werksbesitzer bisher - wenigstens öffentlich, Rudolf Rebus sich nicht vertrieben haben, beweist, wie tiefer bei ihnen, samt seinen Gelben, im Gerüche steht. Sollten sie dennoch Fäden zusammen spinnen, wenn auch vorläufig heimlich, so ist gewiß, daß die Gelben im Ruhrbecken keinen Nährboden unter der Bergarbeiterbevölkerung finden werden. Ihre Anhänger dürften sich dann höchstens aus Leuten zusammensetzen, die schon heute sattsam von den Ruhrbergleuten beachtet werden und unter dem Sammelbegriff „Schmierlappen“ ihr lichtschmeißes Dasein fristen.

Die Lage der Bergarbeiter in den Kohlenbergwerken Ungarns.

U d a p e s t, den 2. Januar 1909.
 Wenn das immerwährende Einwandern ungarischer Bergleute nach den westfälischen und oberschlesischen Revieren so manchen deutschen Bergarbeiter bis heute noch unerklärlich scheint, so verfolgt dieser Artikel den Zweck, einestheils dieses Mysterium zu lösen, andererseits aber den deutschen Bergarbeiter zu überzeugen, daß diese Auswanderung ungarischer Bergarbeiter aus ihrem Vaterlande ein ungemein günstiges Agitationsmittel ist und unumwiltlich mithilft, die elende Lage der Bergarbeiter Ungarns zu verbessern.
 In den oberungarischen Kohlenrevieren, ebenso wie in den Bergwerken der österreichischen Domänengesellschaft an der rumänisch-serbischen Grenze weiß jeder Bergmann nur zu gut, daß in dem „gefluteten Deutschland“ ebenso das Kapital die Arbeiter ausbeutet wie in dem „afrikanischen Ungarn. Jedermann ist da überzeugt, daß die Profitgier auch dort seine Opfer fordert und der Senfemännchen schon nur zu oft unter den Bergleuten reiche Ernte gehalten, einzig und allein, weil die Ergrünungschaften der Besse und der Wissenschaft betreffs Arbeiterlohn nicht immer eingehalten wurden. Trotzdem betrachten die in Ungarn arbeitenden Bergleute die Auswanderung nach Deutschland oder Amerika als Zeichen der Erbitterung und wenn bis heute diese Auswanderung nicht in größerem Maßstabe geschehen, wenn bis heute noch nicht alle aufgeklärten Bergarbeiter beim ungarischen Vaterlande „Ab“ gesagt haben, so ist einestheils die Armut der ungarischen Arbeiter, andernteils aber das gewalttätige Zurückhalten derselben seitens der G e n d a r m e n und G r e i p o l i z e i die Schuld.

einem praktisch und theoretisch gut geschulten Steiger mindestens zwei Monate dazu, um die einzelnen Baue kennen zu lernen. Diese dreimonatliche Ausbildung hat für ihn in seinem späteren Berufsleben praktischen Wert, denn er hat doch nichts kennen und sehen gelernt; man sieht dieses am besten bei seinen Befahrungen als Revierbeamter. Er zappelt mit den Weinen herum wie ein Clown, wenn er durch einen Bau herunter klettert, ohne daß er auf den Fabriken bleiben kann; der Steiger trägt ihn den Meterstock, der Betriebsführer packt ihn am Stiefel, daß er doch mit denselben den Stempel findet, worauf er treten muß, der Schweiß läuft ihm aus allen Poren und er ist froh, endlich auf der Sohle auf festen Boden zu sein. Endlich nun, nach Verlauf dieser drei Jahre macht er sein Uffesorenexamen, sein Ziel ist erreicht, die Wege werden ihm schon gezeichnet, denn jetzt hat er auch was zu befehlen. Und wie häufig müssen jetzt Beamte und Arbeiter dieses fühlen. Er mandelt jetzt auf der Menschheit Höhen und schaut herab auf alle, die nicht Zeit und Geld hatten, Uffesor zu werden. Jetzt ist die Entwicklung zum Uffesor und zum Menschen fertig. Wird er nun aber Direktor einer größeren Besse oder Mitglied des Bergbauischen Vereins, dann dreimal Besse den armen Steigern und Arbeitern, die es mit ihm zu tun haben. Besser wäre es, wenn man ihnen einen Mühlstein an den Hals gehängt und sie in die Tiefe des Meeres versenkt hätte.

Literarische Eingänge.

Dalmanische Gewalten der Erde und ihre Erscheinungen.
 Von Professor Dr. S. G a r s. 146 Seiten, gut gebunden 1,25 Mark. Verlag von Quelle & Meyer, Leipzig.
 Dies Büchlein eignet sich wegen seiner populären Darstellungsweise recht gut für die Belehrung unserer Kameraden über die in Erdinneren wirkenden Elementargealten. Ein Bergmann muß sich über die vulkanischen Gewalten der Erde unterrichten, kommt er doch mit ihren Erscheinungen viel zu oft in verderbliche Berührung.
 „In Freien Stunden“, Romanbibliothek in Wochenheften, Verlag Buchhandlung Wortz & Co., Berlin SW. 68, liegen uns die Hefte 47, 48, 49 vor.
 Im neuen Jahrgang, der mit dem 1. Januar 1909 beginnt, gelangt einer der besten Romane des berühmten schottischen Erzählers Walter Scott, „Kenilworth“, zuerst zum Abdruck. Mit diesem Roman wird die Romanbibliothek „In Freien Stunden“ den Kreis ihrer Freunde sicherlich noch wesentlich erhöhen. Daneben wird zunächst bedientlich: Die Rummerjahre, Erzählung einer Mutter. Von S. A. Sawinowa. Für 10 Pf. die Woche liefert jeder Partispediteur über Kolporteur das Best frei in's Haus.
 Von der „Domunaleu Pragis“ sind die Seite 46, 47 erschienen. Der Inhalt ist wie immer ein überaus reichhaltiger. Am 1. Januar 1909 beginnt ein neuer Jahrgang. Wir raten allen unsere Befreier, die sich für kommunalpolitisch interessieren, diese Gelegenheit zum Beginn eines Abonnements zu benutzen. Preis drei Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Probennummern frei vom Verlag Buchhandlung Wortz & Co., Berlin SW. 68.

Wer die Lebensweise, die Behandlung, die Arbeit und den furchtlichen Verdienst der ungarischen Kohlenarbeiter kennt, wer diese Klassen, ausgegrenzten Geschöpfe, gesehen, nur einmal mit denselben gesprochen hat, muß trauern darüber, daß sie im Lande bleiben und sich in ihr trauriges Schicksal fügen.

Ist die Lage der Gesamtarbeiterchaft in ganz Ungarn eine ungemein schlechte, es bilden die Bergarbeiter dieselbe dennoch eine traurige Ausnahme. Die Gesamtarbeiterchaft befindet sich bis heute in der elendesten Lage, wirtschaftlich und politisch entrechtet, von allen Faktoren unterdrückt.

Jedoch gilt dies nicht von den Vergleuten. Wenn auch dieselben in kleinen Zentren massenhaft beisammen wohnen, wenn auch die Arbeit dieselben bei dem Arbeitgeber zusammenführt, die Agitation unter den Vergleuten ist beinahe ausgeschlossen, da die Staatsmacht die Bergarbeiter mit allen Mitteln zu isolieren trachtet, sie vor den „Hegern“ und Agitatoren durch ihre Verbarmen bewahrt.

In den Kohlenrevieren warten bei den Eisenbahnstationen ständig die Verbarmen, beschließen jeden Antonnenden, verfolgen jeden „Verdächtigen“ auf Schritt und Tritt und weisen unerbittlich jeden aus, der es nur versucht, mit den Vergleuten in Verbindung zu treten.

Der schon oft wiederholte Versuch, Bergarbeitervereine zu gründen, scheiterte jedesmal, da die politische Behörde die Genehmigung der Statuten verweigerte und jede freiwirtschaftliche Bewegung der Bergarbeiter wurde noch immer mit Kolbenhieben und mit langen Freiheitsstrafen geahndet.

Nur zu oft wurde seitens der organisierten Arbeiterchaft der Versuch gemacht, sich mit den Bergarbeitern zu vereinigen, nicht selten hat auch die sozialdemokratische Partei des Landes einen Vorstoß versucht, mit Aufschob aller Machtmittel wurde endlich bald dort, bald hier eine Volksversammlung abgehalten, an der die Bergarbeiter teilnahmen.

Die Entwicklung der Industrie in Ungarn hat auch die Hebung der Kohlenindustrie zur natürlichen Folge gehabt und bald stützten sich in- und ausländische Aktiengesellschaften mit Bier auf die Ausbeutung des Kohlenreichs.

Die Kohlenbarone füllten die Läden, die die Auswanderung unter ihren Arbeitern machte, mit dem Heranziehen der sog. „Häusler“ aus. Diese „Häusler“, die in Ungarn in ungemein großer Zahl vorhanden sind, besitzen ein eigenes Häuschen, in dem sie wohnen, haben auch ein oder ein halbes Joch mageren Bodens, das ihnen die Auswanderung aus dem Lande erleichtert.

Jedoch machten die Kohlenbarone damit ein schlechtes Geschäft; statt der intelligenten deutschen Knappschaff erhielten sie nur rohe, ungebildete Slovaken, Rumänen und Ungarn und die laienhafte Arbeit derselben brachte ihnen nicht nur geringen Verdienst, sondern auch die Unglücksfälle häuften sich in geradezu erschreckender Weise.

Und hat der Agitatoren kam endlich bald ein Brief aus Amerika, bald aus Westfalen oder Oberschlesien, die Arbeiter lauschten auf den Inhalt des Briefes. Die Schilderungen über das Leben des Arbeiters, seinen Lohn und sonstige Berichte klingen der Arbeiterchaft wie ein Märchen aus „Zaun und eine Nacht“ und in manchem Arbeiter stieg der Wunsch auf, das teure Vaterland so bald als möglich zu verlassen.

Die Agitation der Industriearbeiter breitete sich unterdessen auch auf die Landarbeiterchaft aus, die innere Steuerung der Lebens- und Bedarfsartikel brachte auch unter diese eine Steigerung der Löhne und nun waren die zu Vergleuten gewordenen Häuser die schlechtest bezahlten Proletarier des Landes geworden.

So kam endlich die Annäherung zu Stande, so wurde bereits in jedem Bergwerke eine kleine Zahl von Bergarbeitern in einer „freien Organisation“ zusammengedrängt und so kamen in letzter Zeit einige Steigkämpfe, von denen einer in Hamarag-Szabolcs mehr als 12 Wochen dauerte und an dem die ganze Arbeiterchaft beteiligt gewesen.

Die sozialdemokratische Partei, die für die Agitation unter den Landarbeitern schon Millionen geopfert, tritt nun an die Arbeit für die Bergarbeiter heran und wird vor keinerlei Opfern zurückweichen. Mit der Agitation von Seiten der Gesamtarbeiterchaft beginnt eine neue Zeit für die Bergarbeiter Ungarns und bald werden die Kämpfe heftiger, die zwischen den Bergarbeitern und Kohlenbaronen unausbleiblich und nur deshalb so spät beginnen, weil Land und Leute in Ungarn so unendlich verschrieben sind von dem „gestirnten“ Europa.

Die Knappschaffspensions- und Knappschaffs-Krankentassenwahlen im Zugau-Debnitzer Revier.

Im Monat Dezember haben in Sachsen die Vertreterwahlen für zwei der bedeutungsvollsten Abrechnungen der Bergarbeiter stattgefunden: Die Knappschaffswahlen. Wohl selten hat man die Gelegenheit, die Arbeiterfreundlichkeit der Werksverwaltungen so kennen zu lernen, wie bei derartigen Wahlen. Arbeitervertreterwahlen sollen es sein. Jeder vernünftige und gerecht denkende Mensch wird sich nun sagen, daß auch die Arbeiter nur allein bei diesen Wahlen, soweit es sich um Wahlen der Arbeitervertreter handelt, ein Wortchen zu sagen haben.

Zunächst können wir mit dem Resultat zufrieden sein. Der größte Teil der Werke ist sicherer Bestand des Verbandes. Andere Werke mühten ihre Position mit den niedrigsten und gefeglosten Mitteln verteidigen, denn nur dadurch war es ihnen möglich, zu „steigen“.

Ueber die Wahlen von Gottesgegen ließe sich ein ganzes Buch schreiben. Schon die Art, wie man die Wahlbezirke eingeteilt hatte, ließ darauf schließen, daß möglichst viel Wirrwarr unter die Wähler gebracht werden sollte.

Wir haben selbst beobachtet, wie man unsere Kameraden, welche Zettel verteilten, vom Werkplatz forsjagte, die „Königstreuen“ aber vor dem Wahllokal Zettel verteilten ließ! Man hat die ausfahrende Mannschaff angehalten, erst zu wählen, bevor die Lampe abgegeben wurde.

Nicht besser war es auf dem Deutschland-Schacht. Dieses Werk ist eine Domäne der „Nationalen“. Der Bergarbeiterverband wird hier als das stärkste Gift behandelt. Deshalb ging es diesen Herren über den Strich, daß auch wir uns erlaubten, uns an der Wahl ernsthaft zu beteiligen.

Den Tagarbeitern hat man Stimmzettel von „Königstreuen“ ausgehändigt und sie nicht aus den Augen gelassen, bis dieselben abgegeben waren. Das ist die geheime Wahl auf Deutschland. Die zwölfstündig fahrenden Bergarbeiter mußten ausfahren, um zu wählen, und dann wieder einfahren.

Ein wirkliches Schildbürgerstückchen hat sich der Herr Direktor Kneisel von der Kaisergrube geleistet. Schon vor längerer Zeit ist Herr Kneisel von einem Mitgliede des Arbeiterausschusses erjucht worden, bei den Wahlen auch Verbändler mit in den Wahlvorstand zu nehmen. Dieser Wunsch ist um so berechtigter, als auf der Kaisergrube die Belegschaft zu 70 Prozent organisiert ist, trotzdem legte Herr Kneisel den Wunsch ab. Zur besseren Information des

Herrn Kneisel und zum Nachweis der Berechtigung des obigen Wunsches wollen wir hier die Ziffer 2 des § 48 im Statut der Knappschaffs-Krankentasse des Steintohlenbauvereins Kaisergrube zu Gersdorf zum Ausdruck bringen. Aufgepaßt! „Die Wahlen, welche am Tage der Rasse vorzunehmen sind, veranlaßt und leitet der Rassenvorstand (nicht der Vorsitzende, D. V.) Der in dessen Auftrag ein aus seiner Mitte ernanntes Mitglied unter Beistand zweier von ihm als Wahlgeschiffen zu berufender Mitglieder der Wahlversammlung.“

Auf allen Gruben waren es die sogenannten „Königstreuen“ Knappen, welche sich als ausgeprochene Feinde den organisierten Arbeitern gegenüber betätigt haben. Ueberall spielen sie den Verriäter und Demunzianten ihren Kameraden gegenüber. Die organisierten Arbeiter sind darum gezwungen, gegen diese Leute einen unerbittlichen Kampf zu führen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die prozentuale Belastung des Tabaks und der alkoholischen Getränke durch die neuen Steuern.

Ein Dr. Jul. Lührer gibt in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ eine Zusammenstellung über Konsumwert und Steuerbelastung des Tabaks, des Bieres, des Branntweines und des Weines. Danach stellt sich das Verhältnis folgendermaßen dar:

	Konsumwert	Steueraufkommen
Zigaretten	503 Mill. Mk.	51 Mill. Mk., also 9 v. H.
Zigarren	185	27
Kauch-, Kau- u. Schnupftaba	94	18
Bier in Norddeutschland	1800	72
Bier in Süddeutschland	687	65
Inländischer Schnaps	702	140
Ausländischer Schnaps	21	6
Wein	550	120
Schamwein	49	9
Tabakfabrikate insgesamt	792 Mill. Mk.	96 Mill. Mk., also 12 v. H.
Bier insgesamt	2487	137
Branntwein insgesamt	728	146
Wein insgesamt	500	88

Durch die neuen Steuern soll weiterhin belastet werden: der Tabak mit 77 Millionen Mark, Bier mit 100, Branntwein mit 100, Wein mit 20.

Vorausgesetzt, daß die Konsumwerte richtig eingeschätzt sind, würde einem Gesamtwerte von 4001 Millionen Mark eine Steuerbelastung von 714 Millionen Mark, das sind 17,5 Proz., gegenüberstehen.

	Konsumwert	Steueraufkommen	in Proz.
Tabakfabrikate	702 Mill. Mk.	173 Mill. Mk.	21,8
Bier	2487	237	9,5
Branntwein	728	246	33,8
Wein	500	88	17,6

Wenn man berücksichtigt, daß das Bier durch bundesstaatliche Biersteuern noch stark belastet ist, so ergibt sich daß selbst bei diesen Verbrauchsabgaben die befallende Klasse durch die geringere Belastung des Weines erheblich begünstigt wird.

Zur Reform der Berginspektion.

Abgeordneter Imbusch über Grubenkontrolle.

Herr Imbusch hat am 27. Dezember in K o h l s c h e i d (Wurmrevier) eine Bergarbeiterversammlung abgehalten, in der er sich auch über die Frage der Grubenkontrolle äußerte. Er forderte nach uns vorliegenden Berichten aus dem „Nadener Volksfreund“ und „Echo der Gegenwart“ vom 30. Dezember eine Wittkontrolle der Gruben durch unabhängige aus geheimer direkter Wahl hervorgegangener Arbeiter.

„Daß die Vergleute hierzu sehr wohl instande sind, hat der frühere preussische Handelsminister Vresel am 24. Februar 1898 im preussischen Abgeordnetenhaus ausdrücklich zugegeben. Er führte wörtlich aus: „Ich bin in der Tat der Meinung, daß der in einzelnen Berginspektionen vorhandene Ausschussapparat nicht genügt, weil es an dem erforderlichen Unterpersonal fehlt, um eine häufigere Revision eintreten lassen zu können, bezüglich derjenigen Teile der Revisionsaufgaben, für deren es einer höheren bergtechnischen Bildung nicht bedarf.“

„I. Zahlung eines auskömmlichen Lohnes, damit der Bergmann mit Ruhe, unter weitgehender Beachtung der Arbeitssicherheitsvorschriften arbeiten kann; mögliche Einführung von Tarifverträgen. 2. An-

gemessene Verteilung der vielfach noch überlangen Arbeitszeit, 5. Größtmögliche Einschränkung der Überarbeit, 6. Befehlendes Verbot des Beschäftigten für die Grubenbeamten und Wegfall der sog. Soll-Überarbeit, 7. Befreiung von ausbleibendem und gutem Material für die Arbeit, 8. Befreiung von ausbleibendem und gutem Material für die Arbeit, 9. Befreiung von ausbleibendem und gutem Material für die Arbeit, 10. Befreiung von ausbleibendem und gutem Material für die Arbeit.

Die Beschlüsse der Jumbusch-Entscheidung sind, was wir in der "Bergarbeiter-Zeitung" oft genug zum Ausdruck gebracht haben. Wenn wir sie dennoch hier nochmals festlegen, so zwingen uns hierzu die üblichen Erfahrungen mit den christlichen Gewerkschaften, die nicht nur fordern, sondern die Forderungen auch sehr schnell einkassieren können. Die Jumbusch-Entscheidung ist ja zu bekannt. Lediglich der zentralen Erinnerung für später wegen halten wir also die Ausführungen Jumbuschs fest, umsonst, als sich kein Fraktionskollege Bruck am 1. November im preussischen Landtag beehrte, unter anderem auf die Jumbusch-Entscheidung und auf die Bergarbeiter-Zeitung zu verweisen.

„Meine politischen Freunde haben seit zehn Jahren verfolgt die Mitteln der Gruben durch freigewählte Arbeitervertreter gefördert und einen dahin zielenden Antrag noch 1905 bei der Beratung der damaligen Berggesetzkommission gestellt; er wurde selber damals abgelehnt. Und jetzt nur, daß der Herr Minister den damals eingebrachten Standpunkt in etwas geändert und den Schritt des Entgegenkommens auf unsere und der Bergarbeiter langjährige Forderungen in Aussicht gestellt hat. Das wird die Bergarbeiter vorab befriedigen, ist aber auch als Fortschritt zu begrüßen.“

Der Bergwerksminister hat bekanntlich im Landtag versprochen, das faarabische System allgemein zur Durchführung zu bringen, wonach in jedem Grubenrevier ein Vertrauensmann in den Ausschuss gewählt wird und dieser einmal im Monat in Begleitung der zuständigen Grubenbeamten das Revier befreit. Zugunorden oder sonstwie etwas zu sagen hat ein solcher Arbeiterkontrollleur nichts; er kann nur das Ergebnis seiner Befragungen in das Befragungsbuch eintragen. Ob dieses die Bergarbeiter vorab befriedigt und als Fortschritt zu begrüßen ist, darüber hat sich Bruck in Widerspruch gesetzt, trotz seiner späteren Erklärung, daß er auch ähnliche Wünsche habe, wie sie die Bergarbeiter ausgesprochen haben bezüglich der Arbeiterkontrolle. Herr Bruck hat aber auch mehrfach betont, daß er keine „Alles- oder Nichts-Politik“ treiben will. Also kann der Bergwerksminister Bruck beim Wort fassen, der befriedigt ist von den Versprechungen, die er der Minister, abgab. Gebt uns etwas — nicht viel, wir sind's zufrieden! Das andere wird sich finden. Das ist August Bruck, die Zeit wird noch kommen, wo wir ihm und seinen Fraktionsgenossen mit „Jumbusch“ dienen müssen!

Internationale Rundschau.

Aus der russischen Gewerkschaftsbewegung.

Als die Wogen des Volkstums gegen die Verderbnis der zaristischen Gewaltdiktatur hoch gingen und die Freiheitskämpfer der ganzen Welt sich über jeden Erfolg der tapferen Kämpfer freuten, da kamen aus dem russischen Reich auch Nachrichten über die Entstehung und rasche Entwicklung von gewerkschaftlichen Organisationen. Für den Gewerkschaftspraktiker ist es nicht Neues, daß sich plötzlich mit riesiger Schnelligkeit in einem bis dahin der gewerkschaftlichen Aufklärungsarbeit trogenden Industriegebiet eine Arbeiterorganisation bildet, ihr sich rasch der größte Teil der Arbeiter anschließt. Das ist die gewöhnliche Folge einer plötzlichen Massenaufrüttelung, sei es infolge von Streiks oder einer revolutionären Bewegung wie in Rußland. Darum konnten wir in dem raschen Entstehen und Anwachsen der russischen Gewerkschaften während der Revolution, insbesondere in den industriereichen russisch-Polen, keine neue revolutionäre russischen Proletariat eigenständige Lebensäußerung erblicken, sondern mußten an die Fälle denken, wo auch in Deutschland im Anschluß an eine elementare Arbeitererhebung eine mitgliederstarke Gewerkschaft überaus rasch entstand. Das wir die um jene Zeit von zweifellos gutmeinenden Schriftstellern und Rednern gepriesene „russische Methode“ für die deutsche Arbeiterbewegung ablehnten, entsprach der von allen Gewerkschaftspraktikern gemachten Erfahrung, daß in der Regel die im Sturm und Drang rapide entwickelten Arbeiterorganisationen nicht dauerhaft waren, bald zusammenzusinken oder gar ganz verschwand. Das wir aber mit unseren Befürchtungen über die Ausdauer der russischen Gewerkschaften so sehr hinter der nunmehr offenkundigen Wirklichkeit zurückbleiben würden, hätten wir uns nicht träumen lassen. Der Zusammenbruch ist leider vielfach einmütig geworden, wie mir bei kürzlichen in der „Leipziger Volkszeitung“ wird ein Bericht über den 6. Parteitag der Sozialdemokratie in russisch-Polen veröffentlicht. In dem Bericht heißt es:

„Mit großer Lebhaftigkeit wurde die Frage der Gewerkschaften diskutiert. Wie alle anderen auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehenden Organisationen — die legalen und illegalen, neutrale und sozialdemokratische — wurden auch die illegalen sozialdemokratischen Gewerkschaften in russisch-Polen von der Konterrevolution getrieben, am Leben blieben nur schwache Überreste. Der Parteitag war ein darüber, daß alles getan werden muß, um diese zu erhalten. Es wurde eine Resolution angenommen, in der den Gewerkschaften geraten wird, die Unterstützungstätigkeit, die nicht direkt mit dem ökonomischen Kampf verbunden ist, einzustellen und die ganze Arbeit auf die Sammlung von Streikfonds und auf die Führung von Streiks zu konzentrieren. Diese Maßregel erscheint notwendig, weil unter den illegalen Verhältnissen ein so verwickelter Mechanismus, wie ihn die Unterstützungstätigkeit fordert, unmöglich ist, und Unordnung in dieser Hinsicht die Gewerkschaften desorganisiert. Es wurde auch anerkannt, daß, wenn die Regierung so gestärkt werden sollte, daß sie die Politik der nackten Willkür zum Teil ersetzen würde durch ein Diebstahl mit der Arbeiterbewegung, wie sie es jetzt mit einem Teile der Landbevölkerung zu tun beginnt, die Zeit kommen kann, in der eine Legalisierung der Gewerkschaften möglich wird. Diese Legalisation soll — so lautet die Resolution — durch alle Gewerkschaften gemeinsam, nachdem auch die Parteiforderungen zu Tage gezogen werden, erfolgen. Bis zu diesem Punkte herrschte Einheit auf dem Parteitage. Die Differenzen begannen erst bei der Frage des Verhältnisses der legalisierten Gewerkschaften zur Partei. Bisher waren die sozialdemokratischen Gewerkschaften organisatorisch, auf Grund ihres Statuts, mit der Partei verbunden. Von einem solchen Bündnis kann nach einer eventuellen Legalisation keine Rede sein. Die angenommene Resolution fordert deshalb von den Gewerkschaften, daß sie inoffiziell dieses Bündnis zustande bringen. Eine Resolution, durch die die Pflichten der sozialdemokratischen Agitation an die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften und nicht auf deren Parteitag gelegt wurden, lehnte der Parteitag mit allen gegen neun Stimmen ab.“

Wir sind mit den internen russischen Verhältnissen zu wenig vertraut, um beurteilen zu können, wie weit die getroffenen Maßnahmen und gefassten Beschlüsse dem russischen Gewerkschaftsleben dienlich sein können, erhalten und deshalb der naheliegenden Kritik des empfohlenen Gewerkschaftsprogramms. Unter „legalisierte“ Gewerkschaften sind wohl verständlich anerkannt zu verstehen, „nichtlegalisierte“ wären dann solche, die die Befürde bildet, aus welchen Gründen duldet, ist uns in Einzelheiten nicht bekannt. Unzweifelhaft geht aber aus dem Kongressbericht hervor, daß die vor 3 Jahren den deutschen Arbeitern als nachahmenswert empfohlenen russischen Gewerkschaften heute in Trümmer liegen. Das noch vorhanden sind, sind sie schwache Überreste, nach dem Eigenbericht der „Leipziger Volkszeitung“.

Die Befürchtungen deutscher Gewerkschaftsleiter, es würde sich bei der damals rapide um sich greifenden russischen Gewerkschaftsbewegung zum großen Teil um Strohhalm handeln, sind also, zum Unglück für die gedehnte russische Arbeiterkraft, weit mehr als zugefallen. Von den Verbänden, die man uns in organisationsher und tatsächlicher Beziehung als nachahmenswertes Muster vorstellte, existieren heute nur noch Trümmer. Von den Organisationen, und deren Gelingen und Tätigkeit die deutschen Gewerkschaften lernen sollten, wie man ohne „hängeliche Schwänze“ und „diplomatische“ Beziehungen eine respectable Macht aus sich selbst bilden konnte, existieren nur noch schwache Überreste. Die Organisation der

Arbeitermassen ist eben eine langwierige Riesenaufgabe, was das nicht praktisch mitmachte, hält allzu leicht hellebende Strohhalm für anbauenden Opfermut! In der zwar Allen Tätigkeit eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes, der langsam aber sicher den Unverstand und den Fantatismus überwindet, beruht die Zukunft der Gewerkschaft. Das werden unsere russischen Kameraden auch noch lernen müssen, wie es die westeuropäischen lernten und alle Tage lernen müssen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die neuen Beteiligungsziffern im Kohlenyndikat.

In der letzten Nr. der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir über die Festlegung des Beteiligungsziffern (in Prozenten der Gesamtbeteiligung) durch das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat mitgeteilt. Die Beteiligungsziffern der einzelnen Werke führen wir in Folgendem heute an. Einer ganzen Anzahl Bergengesellschaften ist die Beteiligungsziffer erhöht worden. Zwei Werke, Krone und Felicitas sind infolge Konkurrenz-erklärungen aus dem Syndikat ausgeschlossen; neu aufgenommen wurde die Gesellschaft Gottfried Wilhelm. Die Gesellschaft Louise Tiefbau vereinigte sich mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Unternehmensgesellschaft. Eine Vereinigung der Beteiligungsziffern ist bei den Rheinischen Stahlwerken eingetreten. Die Gesamtbeteiligung zeigt folgende Veränderung auf. In Kohle steigt die Beteiligung von 78 876 487 % am 1. Januar 1908 auf 77 984 884 %, vom 1. Januar 1909 ab; in Koks von 14 142 850 % auf 14 407 850 %. Die Beteiligung in Wertes beträft 8 488 910 %. Letztere steigt um 278 100 % gegen das Vorjahr. Zu berücksichtigen ist, daß das Syndikat in das neue Jahr mit einer Einschränkung der Mitglieder eingetreten ist, die bezüglich der Beteiligungsziffern für Kohle 20 Proz., für Koks 40 Proz. und für Wertes 17,5 Proz. ausmacht. Die neuen Beteiligungsziffern sind folgende:

Gewerkschaft bzw. Gesellschaft	Kohlen		Koks		Wertes
	1. Januar 1908	1. Januar 1909	1. Januar 1908	1. Januar 1909	
Altendorf	240 000	240 000	—	—	77 800
Apfelbecker Vt.-V.	800 000	800 000	—	—	92 450
Brennbergische V.-G.	1 872 702	1 872 702	287 250	887 250	—
Blantenburg	155 000	155 000	—	—	100 000
Bochumer Bergw.-Verein	405 900	405 900	188 000	188 000	—
Bochumer Verein	304 000	889 200	4 000	4 000	164 100
Borussia	184 789	254 780	71 000	100 000	—
Caroline	150 000	182 900	—	—	46 800
Carolus Magnus	300 000	324 200	—	100 000	—
Charlotten	120 000	120 000	—	—	—
Concordia	1 528 878	1 528 878	327 400	327 400	—
Consolidation	1 740 000	1 740 000	415 400	415 400	—
Constantin v. Große	1 884 500	1 884 500	620 000	620 000	—
Crone	204 000	—	—	—	—
Dahlbusch	1 210 000	1 210 000	188 000	188 000	—
Deutscher Kaiser	1 650 000	1 650 000	12 000	12 000	—
Deutsch-Luxemburg. Bergw.-Gesellsch.	1 785 000	2 810 500	428 000	620 500	426 600
Deutschland	825 500	825 500	101 200	101 200	—
Dortfeld	840 000	840 000	288 580	288 580	—
Eintracht Tiefbau	582 000	582 000	79 000	79 000	108 350
Eifen- und Stahlm.	—	—	—	—	—
Essen	550 000	550 000	120 000	120 000	—
Essener Steinkohlenbergwerk	1 855 000	1 889 800	—	—	601 700
Essen und Essal	—	—	—	—	—
Felicitas	1 988 000	1 988 000	—	—	54 450
Felicitas	120 000	—	95 000	—	—
Friedr. Krupp, V.-G.	700 000	700 000	—	—	—
Friedrich der Große	721 500	980 600	308 500	308 500	—
Friedrich Ernstine	880 000	888 100	99 280	99 280	—
Friedr. Morgenstern	570 000	570 000	142 000	142 000	180 000
Felsenkuchen	8 698 000	8 698 000	1 728 808	1 728 808	216 600
General	100 000	100 000	40 000	40 000	—
Georgs-Marien-Bergw. u. Hütten	145 000	200 000	87 500	100 000	—
Gottfried Wilhelm	180 000	180 000	—	—	54 450
Graf West	484 971	458 100	66 700	66 700	—
Graf Wismar	1 754 700	1 754 700	—	—	—
Graf Schwerin mit	468 400	468 400	142 800	142 800	—
Gotthard	1 900 000	1 900 000	40 000	40 000	72 000
Harz. Bergw.-V.-G.	7 240 000	7 240 000	1 650 000	1 750 000	57 620
Heinrich	192 700	192 700	—	—	—
Helene & Amalie	920 000	920 000	207 800	207 800	—
Hibernia	5 418 500	5 418 500	812 800	812 800	54 450
Joh. Delmeideberg	240 000	241 600	—	—	115 900
Kaiser Friedrich	240 000	240 000	90 000	90 000	—
König Ludwig	904 438	904 438	238 040	238 040	—
König Ludwig	1 312 000	1 312 000	498 050	498 050	—
König Wilhelm	1 040 000	1 040 000	443 367	443 367	—
Königin Elisabeth	780 000	885 000	202 200	205 200	72 000
Königsborn	1 124 770	1 124 770	418 900	418 900	—
Langerbrunn	360 000	360 000	—	—	—
Langerbrunn	680 000	754 100	345 000	345 000	—
Louise Tiefbau	508 089	—	192 500	—	—
Magd. Bergw.-V.-G.	550 000	550 000	—	—	—
Mansf. Gewerksch.	300 000	300 000	—	—	—
Mast	150 000	150 000	—	—	54 000
Massen	600 000	600 000	215 000	215 000	—
Mathias Stinnes	968 000	1 321 000	148 195	148 195	—
Minister Udenbach	400 000	400 000	8 100	8 100	—
Mont Genis	995 000	995 000	100 000	100 000	—
Mühl. Bergw.-V.	1 380 000	1 380 000	95 000	95 000	864 800
Neu-Essen	770 000	770 000	—	—	—
Neumühl	1 650 000	1 650 000	368 000	368 000	—
Neu-Schälerpad und	210 000	210 000	—	—	60 100
Nobis	3 190 000	3 190 000	542 640	542 640	71 280
Rheinische Stahlm.	572 500	515 000	145 000	100 000	72 000
Rheinpreußen	3 000 000	3 000 000	695 000	795 000	—
Siebenplaneten	800 000	800 000	64 600	64 600	132 380
Schnabel ins Osten	800 000	800 000	—	—	—
Schürbank und	—	—	—	—	—
Charlottenburg	180 000	180 000	—	—	72 600
Trappe	152 900	152 900	—	—	—
Tremonia	294 981	294 981	43 200	43 200	—
Union Dortmund	400 000	400 000	100 000	100 000	—
Unser Feig	820 000	820 000	—	—	—
Victor	770 000	770 000	291 940	291 940	—
Victoria	135 000	135 000	—	—	54 450
Victoria Mathias	373 300	452 800	145 080	145 080	—
Wendelsbantz	125 483	800 000	—	—	67 950
Zollverein	1 755 507	1 755 507	240 000	240 000	—
Zusammen	78 876 487	77 984 884	14 142 850	14 407 850	8 488 910

Elf der größten Gesellschaften mit insgesamt 39 128 907 So. Beteiligungsziffern, sind im Kohlenyndikat zusammengelassen. Mit ihnen sind aber noch die Interessen einiger anderer Bergwerksgesellschaften vereinigt, jedoch die kleineren Werke nach der Größe der Koks- und Kastenproduktion. Wir haben sozusagen eine amerikanische Entwicklung im Ruhrbecken durchgemacht und sehen, wie große Teile unserer Bevölkerung von Jahr zu Jahr in immer größerer Abhängigkeit zu den großen Montanindustriellen gerät. Und das wird noch schlimmer, bis die ordnende Staatsgewalt hier einmal Aemerkung schafft.

Knappheitsfragen.

Die Zahl der Ärzte Deutschlands.

Eine merkliche Verminderung der neuen Ärzte ist in den letzten Jahren eingetreten. 1902 etablierten sich in Deutschland noch 882, 1905 nur noch 584, und 1908 gar nur 24 Jünger des Hippokrates. Die fortgesetzten Warnungen der Ärztesorganisationen vor Überfüllung des Berufes haben also den „Zug“ erheblich vermindert. Auf 10 000 Einwohner kamen 1908, wie der Statistiker Dr. Pringling-Allm in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ berechnet, 5,02 Ärzte gegen 5,06 in 1907, 5,08 in 1906 und 4,92 in 1901. Eine relative Vermehrung der Ärzte hat demnach im letzten Jahrzehnt überhaupt nicht stattgefunden. Infolge-

dessen ist das Angebot abgenommen worden, woraus sich nach dem bekannten volkswirtschaftlichen Gesetz an sich schon eine Verbesserung der Existenzbedingungen der Mediziner ergeben würde, wenn die Ärzte auch nicht mittelst starker gewerkschaftlicher Organisationen ihren Status verbessert hätten.

Insgesamt praktizierten Ärzte in Deutschland:

1901: 27 978 1904: 30 071 1908: 30 981 1908: 31 640

Davon entfielen 1908 auf Berlin allein 2177 (58 weniger wie im Vorjahr), auf Preußen 19 180, Bayern 2497, Sachsen 2298, Württemberg 1048 (stehen weniger wie im Vorjahr), Baden 1208, Hessen 747 (drei weniger wie im Vorjahr), Elsaß-Lothringen 908, Hamburg 721. Bemerkenswert ist, daß am 1. November 1908 in 858 Orten überhaupt kein Arzt vorhanden war, wo in früheren Jahren dieser Mangel nicht herrschte! Ende des vorigen Jahrhunderts war der Zubrang zum ärztlichen Studium so stark, daß sich auch in den kleineren Orten Ärzte etablierten; nachdem die Abnahme eintrat, haben die betreffenden Orte ein lohnenderes Arbeitsfeld in größeren Orten aufgesucht, somit wurden bei 858 meist ländlichen Gemeinden von Ärzten entblüht. 68 davon liegen in Bayern, 88 in der Rheinprovinz, 82 im Königreich Sachsen, 28 in Hannover.

Indessen ist der Zug zur Großstadt auch nicht einheitlich, vielmehr zeigen sich große Unterschiede, je nachdem die Großstadt geteilt ist. Auffallenderweise haben manche unferer industriellen Großstädte eine Ärztebefreiung, die unter dem Reichs- und Landesbeschränkungsstand steht. Die Unterschiede sind ganz enorm, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt. Es kamen Mitte 1908 Ärzte auf je 10 000 Einwohner:

Wiesbaden	25,8	Dresden	9,8	Bremen	7,1
München	15,8	Stlin	9,7	Mannheim	7,0
Strasbourg	14,2	Stuttgart	9,6	Ulm	6,1
Stel	13,1	Leipzig	9,4	Dortmund	6,0
Groß-Berlin	12,8	Stettin	8,7	Krefeld	5,7
Frankfurt a. M.	12,1	Danzig	8,7	Essen	5,7
Halle a. S.	11,8	Braunschweig	8,5	Bochum	5,4
Karlsruhe	11,7	Milfeld	8,4	Wormen	5,3
Breslau	11,6	Nagel	8,3	Blauen	4,8
Königsberg	11,2	Magdeburg	8,2	Chemnitz	4,8
Wosen	11,1	Hamburg	7,8	Essen	4,8
Hannover	10,9	Erfurt	7,5	Gelsenkirchen	4,2
Rassel	9,8	Miltenberg	7,5	Duisburg	3,0

Industriestädte wie Chemnitz, Essen, Gelsenkirchen, Duisburg, Wlauen haben fünf bis sechseinhalb weniger Ärzte wie Wiesbaden, die internationale Stadt mit einem allerdings sehr zahlungsfähigen Publikum. „Zum Golde drängt sich alles“ — auch die Ärzte. Die auffallend geringe Zahl der Ärzte in den Industriestädten erklärt sich aber auch aus dem Umstand, daß hier die Verhältnisse mit ihrem Zwangsarztssystem vorherrschen. Der weitaus größte Teil der industriellen Bevölkerung ist zwangsweise in Fabriken und Knappschaftskassen versichert, die ihren Mitgliedern die Frequenzierung bestimmen, von den Kassenvorständen ernannter Zwangsärzte vorschreiben. Es ist eine ständige Klage der Arbeiter, sie würden von diesen Kasenzärzten nicht so sorgfältig wie von freigeübten Privatärzten behandelt. In den Sprechstunden der Kasenzärzte drängen sich die hilfsbedürftigen Kassenmitglieder scharenweise, oft kann deshalb von eingehender Konsultation keine Rede sein. Dagegen herrscht in den Kassenämtern mancher mit seiner Kasenzpraxis betrauter, sehr tüchtiger Ärzte, eine große Lücke. Es ist sehr bedauerlich, daß die Ärzteorganisationen zwar den Kampf für freie oder freiere Verhältnisse gegen die Ortskassen führen, dagegen die im gleichen Verbandsorganisierten Fabrik- und Knappschaftsärzte bei frei in oder freieren Arztwahl passiv und aktiven Widerstand entgegenzusetzen, obgleich die Klagen über mangelhafte ärztliche Behandlung fast nur aus den Kreisen der Betriebskassenmitgliedern kommen! Diese Klagen schreiben sich vorzüglich her aus der Überbürdung der Zwangsärzte, die oft auch die Familienbehandlung der Kassenmitglieder von Kassenwegen ausüben; oder trotzdem hat man sehr wenig von der Forderung der freien Arztwahl aus den Reihen der Betriebskassenärzte. Diese Klagen sind physikalischen Gründen beim besten Willen ihren ärztlichen Pflichten nicht voll auf genügen; aber sie wollen auch nichts von freier Arztwahl wissen. Damit hängt die ungewöhnlich geringe Zahl der Ärzte in den Industriestädten zusammen.

Gleichwohl in den anderen Gewerkschaften so vorliegt sich auch im Verzeiter eine größere Arbeitsteilung. Das Spezialistenum hat weitere Fortschritte gemacht. In den deutschen Großstädten praktizieren überhaaupt:

	1906	1908	1906	1908
Spezialärzte	4004	4275	33,6	34,6
übrige Ärzte	7930	8257	66,4	65,4

Den höchsten Prozentsatz der Spezialisten unter den Ärzten wies Dresden mit 48,7 Prozent auf, den geringsten mit 17,2 Prozent hatte Kiel. Die meisten Spezialisten widmeten sich letztjährig der Gynäkologie (700), sodann den Augenkrankheiten (495), den Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten (450), der Chirurgie (379), den Kinderkrankheiten (330), den inneren Krankheiten (311), den Hautkrankheiten (300), den Nervenkrankheiten (270). Die prozentual größte Zunahme erfuhr die Spezialisten für Psychiatrie und Nervenkrankheiten. Auch ein Zeichen der Zeit.

Nur 55 Verzinnten praktizierten, sämtlich in den Großstädten. Hier ist noch ein hoher Maß philiströser Vorurteile zu überwinden. Von den Verzinnten praktizierten allein 17 in Weiden, fünf in Breslau, vier in Frankfurt a. M., drei in München, in Hamburg und Dresden je zwei. Meistens widmeten sie sich der allgemeinen Praxis, manche der Geburtshilfe und der Kinderheilkunde. Daß gerade die beiden letzten Gebiete ein eigentümliches Tätigkeitsfeld für Verzinnten sind und hier das Bedürfnis nach solchen recht groß ist, kann niemand ernstlich bestreiten.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Bruchstraße. Ueber die Verhältnisse in der Was

die Entlassenen gegen die Disziplin verstoßen hätten. Dieser Verstoß soll darin liegen, daß sie es überhaupt gemagt haben, vorfällig zu werden und somit den Anschlag der Verwaltung nicht geachtet hätten. Das Recht, im Namen der Bergschicht vorfällig zu werden, steht nur den Arbeitervertretern zu. Nun gehören die Entlassenen allerdings zu den neuergewählten Vertretern, aber ihr Amt beginnt erst am 1. Dezember des 21. Dezember und sehten deshalb nach 48 Stunden, bevor sie das Recht hatten im Namen der Bergschicht vor dem Thron der Verwaltungsverwaltung zu erscheinen. Wie stellen also fest, daß es für Herrn Direktor Weigelt Grund genug ist, zwei Arbeiter zu entlassen, nur weil sie sich eines einmaligen Verstoßes gegen die Disziplin haben zu schulden kommen lassen. Werden Sie nicht rot Herr Weigelt? Sollte der Ausschuss der Wahlen nicht die Hauptrolle bei den Entlassungen gespielt haben? Unsere Kandidaten sind dort mit vierfacher Majorität gegenüber den Königsstreuen gewählt worden. Schmerzlich, aber nicht zu ändern.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Neu-Weißstein. Zu unserer Notiz in Nr. 52 erhalten wir von der Fuchsgarbe unter Berufung auf das Preßgesetz folgende sogenannte Verichtigung: „Der Artikel Fuchsgarbe in Nr. 52 Ihres Blattes enthält soziale Unwahrheiten, daß wir uns veranlaßt sehen, Sie auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme der nachstehenden Verichtigung zu ersuchen: Es ist nicht wahr, daß fortwährend in der ersten Abteilung Fuchsgarben eingeleitet werden, denn es ist während des ganzen Jahres 1908 nicht eine einzige Fuchsgarbe eingeleitet worden. Der Fuchsgarb ist 22. März 1908 von der ersten Fuchsgarbe und der Fuchsgarbensohle ist, soweit er für die Arbeiter zur Fuchsgarbe benutzt wird, vollständig neu ausgemauert. Es sind in diesem Fuchsgarb seit dem 12. November 80 Zimmerfuchsgarben verfahren worden. Der zum sechsten Weimberg im 28. März gebrachte Fuchsgarb ist in Ordnung und gut fahbar. Es wird dort seit dem 9. November ständig gemauert und es sind daselbst bis jetzt 87 Zimmerfuchsgarben verfahren. Es ist also vollständig unwahr, daß die besagtesten Fuchsgarben verfahren. Es ist also vollständig unwahr, daß bis jetzt keine Unfälle im Fuchsgarb geschehen sind, sie zu besichtigen. Von den Unfällen sind manche unter so starkem Druck, daß in jeder Nacht drei bis vier Mann daselbst angelegt sind, um sie fahbar zu halten. Bei einer Verletzung von 164 Mann in der Abteilung sind nicht weniger als 54 Mann, also 33 Proz. regelmäßig in der Zimmerung beschäftigt. Wenn trotzdem der Zustand mancher Strecken zu wünschen übrig läßt, so liegt das eben an den außerordentlich starken Druckverhältnissen. Von einer systematischen Menschenjagd aus Abicht oder auch nur aus Nachlässigkeit des betreffenden Beamten kann daher keine Rede sein. Die Grundstücke im 21. März zwischen Querschlag sechs und sieben, welche in Ihrem Artikel der Bergschicht besonders ans Herz gelegt wird, sind schon seit langer Zeit überhaupt nicht zur Förderung benutzt. Verwaltung der Steinfortschlagswerke Conf. Fuchsgarbe zu Neu-Weißstein und David zu Konradshöhe. Gest.“ — Diese sogenannte Verichtigung war ganz überflüssig, denn unser Gewährsmann teilt uns mit, daß es in unserer fraglichen Notiz anstatt Ueberfahrungen, Fuchsgarben heißen muß, auch seien die Mitarbeiter im 6. bis 28. März, Weimbergfuchsgarb und 21 März Fuchsgarbe inwischen besichtigt worden. Gest besichtigt man also die Mitarbeiter und dann schreibt man die Verichtigung; wirklich eine eigenartige Praxis. Zu dem übrigen Teil dieser sog. Verichtigung wird sich unser Gewährsmann äußern.

Süddeutschland und Reichslande.

Oberbayerisches Bergwerksrevier. In Nr. 51 des „Bergknappen“ scheint sich so ein schwarzer Giftstachel über den Vertrauensmann Weh, weil er Notabene zwei Unorganisierte zum Beitritt aufzubereite, und sie mit Recht auf die gemischte Gesellschaft in Schliersee aufmerksam machte. Daß eine solche Agitationsweise erbärmlich sein soll, verstehen wir nicht, läßt sich und unchristlicher geht es ja bei den Weiden nicht zu, als in Schliersee. Die paar Duzend Bergwerksrevier verschwinden immer, wenn man sie suden will im katholischen Arbeiterverein, wo ja gegen die Verbände alle Sturmzüge, junge und alte, losgelassen werden, um uns anzugehen. Haben vielleicht nur die Zentrumschriften das Monopol, Unorganisierte anzusprechen? Von der Bewegung und der großen Solidarität seitens der Christlichen wollen wir heute nicht reden. Sante: doch so ein christlicher Führer in Wiesbaden; wenn es nicht geht, dann laßt sich nicht pensionieren. Na also! In jeder Zeile seines Artikels widerspricht der Rezensent sich. Gest bestreitet er, wir hätten keine Mitglieder vom Gewerksverein bekommen, in der zweiten Zeile gibt es der Typsetzer selber zu, natürlich wurden sie gemartert, geküßt und gefeiert, und dann erhielt der Begnadigte das Verbandsbuch als Amulett. Zum Schluss fürchtet er doch, seine Schaffeln hinten dem grimmen Wolf, (Baron Weh) nicht widerstehen und warnt vor dem Geschehnis der Genossen, sich nicht betreten zu lassen und fikt vor schwarzen Jurist zu halten. Es scheint, der Artikelredakteur hat vom Vater Cyrian eine Spritze voll abbekommen, der machte ja bei der Papstfeier sämtliche Note von Oberbayern und Umgebung mausetot. Auch den Kaplan W. von Schliersee scheint gepackt zu haben, geht doch fogar schon über die armen Schulkinber her. Macht nur so fort! Ihr geht zusammen! Wir aber lassen uns nicht vom geraden Wege ablenken.

Oberbayerische Aktiengesellschaft bei Gaussham. Wie recht wir mit unserer Forderung der Abschaffung der Frauenarbeit auf den Bergwerken haben, beweisen die vielen schweren und leichteren Unfälle bei den hiesigen Sortierern. Einmal ist eine Hundtote einer in der unteren Etage arbeitenden Sortiererin auf den Kopf gefallen. Einer andern wurden am Fuß die Beine abgetrennt, oder es deckte eine einen Finger, oder es bricht sich eine 15jährige Sortiererin, wenn sie mal nebenbei zu einer Arbeit gewiesen wird, die eine volle Manneskraft erfordert, einen Fuß, kurz und gut es ist höchste Zeit, daß die Direktion sich die Sache mal ansieht, ehe noch ein Duzend Krüppel infolge der schauerlichen Unfälle gemacht werden. Das Sparsystem in einer solchen Weise anzuwenden, daß man so schwere Waisberghunte einem im zartesten Entwicklungsstadium stehenden Mädchen zur Weiterbildung überläßt, sollte man nicht für möglich halten. Es mag sein und wir nehmen an, daß die Direktion keine Kenntnis hat von solchen Vorgängen, dann sind aber die Angestellten und Beamten wirklich zu bedauern, wenn sie nicht mehr das unterstehen können, was ein Mädchen und ein Mann leisten können. Besonders der pensionierte Werbetreiber a. D. und jetzige Aufseher Erasmus H. treibt es bunt genug; es scheint, weil er sich während seiner Aktivität nicht besonders geplatzt hat, müsse er neben seiner Knappschaffts- und Zwaldbereute noch alle Schichten im Monat machen und die Sortierern in Verlegenheit und Strafe bringen. Wir glauben, dem Manne könnte geholfen werden, wenn er jetzt so tüchtig ist, könnte man ihn ja reaktivieren. Wenn Aufseher Seidlmayer Mädchen an die Einmischung der schweren Berghunte befaßt, so muß entweder Begriffsverwirrung den armen Mann gepackt haben, obwohl er sich sonst sehr gut zum vortragenden Rat eignet, oder es muß an mangelnden Arbeitskräften mangeln, obwohl Strada immer behauptet, es seien 150 Mann zuviel im Werke. Nun wollen wir auch noch der Taten, des Fuchshauers A. Wacker, der rechten Hand des Steigers Watzel gedenken. Der Mann besitzt leider ein sehr schlechtes Gedächtnis, in bezug auf Zimmerung und bergleichen. Am letzten des Monats konnte sich Wacker nie mehr erinnern, was er im Laufe des Monats versprochen, obwohl er selber, so lange er arbeitete, ganz gut wußte, daß 7 und 3 Wk. (freilich nur für Protektionen) mehr und als 4,50 Wk. Was soll man sagen, wenn zwei Hilfssteiger zusammen kommen, von denen der eine die Mannschaft strafen wollte, wenn sie einführen, der Wacker ihnen Strafe androhte, wenn sie nach Hause gingen. Auch seine Auerungen, er lasse nicht mehr verdienen als 5 Wk., für das andere helfe er schon, zeigen, daß er alles vergessen hat. Jamohl, hütet euch vor den Gezeihen. Auch Steiger Watzel, selbst der Vielgereifte und Weismörder der Schlägerei in den Süßstaaten Amerikas, scheint sich jetzt auf Gott zu befinden. Zeuwig genug, wenn ein Steiger nicht den Mut findet, für geleistete Arbeit das Bedinge zu zahlen und sich äußert, daß Wehr wolle der Herrgott bezahlen. Genial! Die Leute antreiben bis auf das Neufeste, davor schreit man aber nicht zurück. Mügen diese Beilen genügen, die Saumseligen aufzurütteln, besser kann es nur werden, wenn alles wie ein Mann sich gegen solche Uebergriffe wehrt, deshalb: auf zur Mitarbeit, zur Organisation.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zum Bergarbeiterkongress in Berlin.
Der Studien machen will, wer sich über die Bergarbeiterfreundlichkeit der Zentrumspreffe orientieren will, dem ist jetzt die beste Gelegenheit dazu gegeben. — Und was das schönste ist, ein Bergarbeiterorgan — der „Bergknappe“ — ist gleich mit in die Lage hineingezogen worden. Bergarbeiterbestrebungen nach besserem Bergarbeiter-

Schutz zu bekämpfen. So absurd das Klingens mag, aber nicht läßt sich daran ändern, daß die weltberühmte „Strategie“ der Führer des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter der Welt zu diesem Schauspiel verholfen hat. Und alles das aus irgend einer kostbaren Verärgerung oder aus sonstwas heraus. Freilich, schon August Bruck, der Zentrumsabgeordnete und langjährige Leiter des Gewerksvereins kultivierte f. B. den Gewerksvereinsstrategie, daß sie das Pulver nicht eskanden hätten und auch die „Baugewerkschaft“, das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes, wies auf die Zerfahrenheit in der Gewerksvereinsleitung hin, die die Einheitslichkeit des Willens und Handelns vermissen läßt.

„Uns scheint, der Gewerksverein hat heute überhaupt keine Zeitung. Jeder Beamte arbeitet für sich und hält sich für eine erste Autorität, der niemand etwas weismachen kann.“

So schrieb ein christliches Bruderorgan des „Bergknappen“ in hellem Born über die Gewerksvereinsleitung und deren Hot- und Sü-Politik. Und das ist inzwischen nicht besser geworden. Mit Hot und Sü geht es weiter auf der schlüpfrigen Bahn.

Herr Effert, der sich wohl noch immer Vorstehender der Siebener-Kommission tituliert, reißt umher, feiert die Einheit der Gesinnung aller Bergarbeiter in der Frage des Lebensschutzes. Die Verbände ständen hier zusammen und wenn die Bergarbeiterchaft jetzt wieder leer ausgehe, so würde der Haß in ihr wachgerufen und sie sich systematisch auf den neuen Kampf vorbereiten, der diesmal aber anders und zu anderer Zeit zum Ausbruch kommen und in seinen Folgen viel ernster wie je zuvor werden würde.“

So sprach Effert im Saale des Centralhotels zu Warmen nach der Katastrophe von Rabob und in Hannover sagte er:

„Wenn auch jetzt noch die Hoffnung auf reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterfragen und auf Schaffung von Arbeiterkontrollen von der Regierung getäuscht würde, dann würde sich in voller Uebereinstimmung der Mitglieder und der Führer aller Gewerkschaftsrichtungen bei Beginn einer besseren Konjunktur im Ruhrrevier ein Kampf abspielen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat“ usw.

Man verhehle nicht: „In voller Uebereinstimmung der Mitglieder und der Führer aller Gewerkschaftsrichtungen“! Und als der Generalsekretär kürzlich in Leirungen wollte, da konnte sich ein höherer Beamte überzeugen, wie Effert nochmals im Welsch unserer Kameraden Hansmann feierlich erklärte, daß Gewerksverein und Bergarbeiterverband in wirksamen Fragen stets zusammenhängen. In Gladbeck erklärte Herr Redakteur Imbusch daselbst und das in einer Stunde, wo man in der Gewerksvereinsleitung selbst sich schon klar darüber war, daß es ein Zusammengehen der Verbände in Frage des Bergarbeiterkongresses in Berlin nicht gab! Und Imbusch geht bei der Gewerksvereinsleitung! Er wußte gewiß sehr gut, was in der Gewerksvereinsleitung vor sich ging. Als der Verbandsredner in der Versammlung in Gladbeck, die von christlichen und Verbandskameraden stark besucht war, den Versammelten ansprach, daß hier alle Verbände zusammenwirken müßten, da durchbrauste ein Weisheitssturm den Saal. Und nachher sprach Imbusch, sprach von der Kraft der Einheit, von Solidarität, von der Macht der Einigkeit der Bergarbeiter. Nur vom Kongress sprach er nicht! In der Gewerksvereinsleitung war die Herabwürdigung der Einigkeit vor sich gegangen! Gibt es noch eine Sprosse, wo die Heuchelei noch höher steigen kann! Einigkeitsphrasen auf den Lippen, den Verrat im Rücken!

Der Gewerksverein macht nicht mit! Die Herren Sekretäre verflünden von Ort zu Ort, daß der Bergarbeiterkongress „zwecklos“ sei, daß der Verband den Gewerksverein „beschimpft“ habe usw. Und man wird auch auf die Wirkung der Petition hinweisen, obwohl die Gewerksvereinsführer bezüglich der Petition alle Ursache hätten, sich hier in Zurückhaltung zu üben. Doch die Petition ist da; 80—80 000 Verbandsmitglieder sollen sie mit unterzeichnet haben. Der Verband ließ sich durch die Beschimpfungen des Gewerksvereins und durch dessen Eigendünkel nicht abhalten, seine Mitglieder im Verbandsorgan und in Flugblättern aufzufordern, die Petition zu unterschreiben. Der Erfolg dieser Aufforderung liegt in obigen Zahlen. Sie wiegen mehr auf als die übrigen 120 000 Unterschriften, die vielfach, wie wir schon einmal darlegten, von Nichtbergleuten stammen. Dankbar sollte der Gewerksverein für die Mithilfe sein, die christlichen aber gehen hin, ziehen von Ort zu Ort und predigen das Lob der Uneinigkeit und der Zersplitterung! Und es gibt Bergarbeiter, die das hören und die mit dieser Zersplitterung einverstanden sind. Wenigstens sich nicht dagegen auflehnen. Knappensolidarität, wo bist du geblieben? Muß erst das Unternehmertum die christlichen mit den anderen Knappen zusammenpeitschen? Warum nicht freiwillig Solidarität üben um den Preis des Lebensschutzes? Christliche Bergarbeiter hätten 1905 beim großen Streik jeden Redner mit Stockhieben von den Treiblänen gejagt, hätten die Redner sich erlaubt, das zu sagen, was die Wehrens und Genossen heute den christlichen Bergarbeitern verkünden. Der fattsam bekannte Franz Wehrens darf in der Bergarbeiterchaft jene traurige Rolle weiter spielen, die er in der Gärtnerbewegung aufging und oft genug — als er im Gewerksverein landete — blamierte er diesen in ähnlicher Rolle vor aller Welt. Sollen wir an das Reichsgesetz erinnern, an die Stellungnahme Wehrens zu Grubenbesitzkandidaturen und an sein Verhalten bei der letzten Gewerbeordnungs-Novelle? Es ist wohl nicht nötig. Dieser Mann wird dem Gewerksverein noch zum Wahnsynd werden. Hätten wir nur allein unser Interesse im Auge, wir müßten Wehrens dem Gewerksverein noch lange erhalten. So aber empfängt die ganze Bergarbeiterchaft durch diesen Mann fortgesetzt Peinigungsübungen und doch ist er der Mann, dessen Richtung in der Gewerksvereinsleitung Oberhand gewonnen hat, zur großen Freude der öffentlichen und verkappten Bergarbeiterfeinde! Die Scharfmacherorgane kultivieren dankbar Herrn Wehrens und Genossen. Wären die christlichen Bergarbeiter die laute und freudige Zustimmung der scharfmacherischen Kapitalistenorgane zu der Haltung der Gewerksvereinsleitung in Sachen des Kongresses lesen, ihnen würde doch das Rot in die Wangen steigen!

Und die Freude der Zentrumsorgane! Sie, die besonders stark und zwar fortgesetzt dafür eingetreten sind, daß nur garnichts zustande kommt, was einer Grenzvermischung zwischen den Verbänden nahe käme, auch in den Aktionen für die Bergarbeiter. Diese Sorte Presse spricht nicht nur ihre volle Genugtuung über die Zersplitterung des Gewerksvereins in Sachen des Kongresses aus, sondern sucht in widerlichster Weise noch jetzt die Polen wie die Firsch-Dunkerschen Bergarbeiter vom Kongress fernzuhalten. Inständig fühlt die Zentrumspreffe, wie auch der „Bergknappe“, daß, wenn die Polen und die Firsch-Dunkerschen den Kongress beschiden, dem christlichen Gewerksverein 99 Prozent ihrer Begründung für ihr Fernbleiben am Kongress zum Teufel geht. Der Gewerksverein ist durch die Strategie seiner Führer isoliert, er hat sich blamiert! Und darum das Hofen seines Organs und der Zentrumspreffe. Bessere Organisa-

tionen sollen die Dummheit des Gewerksvereins noch mitmachen, damit der Gewerksverein auf weiter Flur nicht allein steht! Die ganze Zentrumspreffe und die derselben verbundenen Organe sind mobil gemacht, um durch giftig-schwollene Artikel den Kongress in seiner Bedeutung herabzusetzen, alle Artikel aus der „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen die Polen und Firsch-Dunkerschen werden ausgegeben, um auf die letzteren einzuwirken. Und wo sind die Polen und die Firsch-Dunkerschen schlimmer beschimpft worden, als durch die christlichen und die Zentrumsorgane! Das stellen wir hiermit fest, weil man drüber davon schweigt.

Jamohl, wir haben Artikel gegen die Polen wie gegen die Firsch-Dunkerschen geschrieben, und von diesen ist auch auf uns geschossen worden! Handelt es sich aber um die Interessen der Gesamtbergarbeiterchaft, dann sind persönliche oder die Interessen der einzelnen Verbände zurückzustellen, und es ist jeder Streik zu vermeiden, um nach außen hin zu zeigen, daß trotz aller Kleinlichen Streitigkeiten und Rivalitäten die Bergarbeiterverbände sich ihrer Mission in Fragen, die die Gesamtbergarbeiterchaft angehen, bewußt sind. Wir organisieren die Bergarbeiter, damit durch die Organisation, und wenn es mehrere gibt, durch die Organisationen die Lage der Bergarbeiter gehoben wird. Wo die Forderungen alle Verbände zu einer gemeinsamen Aktion führen können, da soll und muß es geschehen im Interesse der Bergarbeiter. Darum die Einberufung des Kongresses und darum das Zusammengehen der Verbände, weil sie hoffen, durch den Kongress besseren Bergarbeiter-schutz zu erlangen, als er ihnen heute durch die Regierung geboten wird. Der Kongress wird sich mit den Regierungsplänen in Frage des Bergarbeiter-schutzes beschäftigen, wird die Stellung der drei Verbände zu diesen Plänen klären. Die Regierung weiß dann, wie ein großer Teil der Bergarbeiter zu ihren Plänen steht. Neue Fragen treten auf, neue Momente müssen ins Auge gefaßt werden, und demgemäß richtet sich das Verhalten des Kongresses ein.

Vor allen Dingen aber wird der Kongress zeigen, welcher Bergarbeiter-schutz nötig ist und die Delegierten aus allen Teilen Deutschlands werden hierbei mit Material in Fülle und Fülle dienen. Die Delegierten können erzählen, wie es im Bergbau zugeht und sie können und werden ihr Material aus den Vorkommnissen der jüngsten Zeit entnehmen. Frische Fische sind die besten Fische. Die Feststellungen der Bergarbeiter werden nicht unbeachtet vorbeigehen. Und darin liegt der Wert des Kongresses. Wer den Kongress beschickt, dient der Bergarbeiterchaft! Und wenn der Nutzen des Kongresses noch so gering ist. Bringt es uns auch nur einen Schritt weiter, dann hilft das der gesamten Bergarbeiterchaft und es wird auf dieser Bahn dann weiter gearbeitet werden. So dient man der Bergarbeiterchaft! Wer aber gegen den Kongress arbeitet, wer Eigendünkel treibt, wer mit den schiefsten Mitteln und kleinlichen Grübeln gegen den Kongress Front macht, der arbeitet gegen das Interesse der Bergarbeiter, arbeitet gegen den besseren Lebensschutz der Arbeiter. Wer so arbeitet wie der Gewerksverein, der erweist sich das Lob der Werkspreffe, das ja jetzt haufenweise der Gewerksvereinsleitung zuteil wird. „Bergknappe“, Zentrumspreffe und Scharfmacherorgane in halber Einheit gegen den Kongress! Bergarbeiter, ob ihr christlich oder in anderen Verbänden organisiert seid, wollt ihr diesem Schauspiel nicht endgültig ein Ende bereiten?

Bergarbeiterschutzkonferenzen.

Die bürgerliche Blätter melden, haben an der Konferenz in vergangener Woche, die vom Handelsminister einberufen war, bestimmte Vertreter der Ruhrgrubenbesitzer teilgenommen, ebenso der Vorstände vom technischen Grubenbeamtenverein, Herr Zentgraf. Von bekannten Vertretern waren anwesend Klabber, Kleine, Randebrück, Figer u. a. Als Arbeitervertreter waren die Bergarbeiter und Westfalen Jungesellschaft und Schäfer aus dem Ruhrbezirk, Bergmann und Wolzeck aus Nieder- und Oberschlesien hinzugezogen. Es ist selbstverständlich, daß auf Arbeiter wie auf Werksbesitzerseite der Standpunkt vertreten wurde, wie er sich in ihren Kreisen geltend macht. Und das ist, daß a. B. die Grubenbesitzer jede verunflüchtete Reform ablehnen. Auf die Konferenz jetzt schon zurückzukommen, halten wir heute noch nicht für angebracht. Die Konferenz in Sachen der Schwarzen Listen, an der u. a. unsere Kameraden Hure und Schafje teilnahmen, diene, wie die obige Konferenz, zur Information des in Frage kommenden Ministers. Unsere Kameraden haben reichhaltiges Material dem Minister übermitteln können.

Ein Opfer der schwarzen Listen.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in unserer Nr. 50, daß sich der Kamerad Wladislaus Sobierski aus Bergweil darüber, daß er von der Zeche Margarethe auf die Schwarze Liste gesetzt und darum auf freier Vogel und Unverhofft, wo er endlich nach langem vergeblichen Suchen Arbeit gefunden hatte, wieder gekündigt worden war, am 25. November erloschen hat. Wie wir das vorausgesehen haben, erhielten wir von Zeche Margarethe und freier Vogel und Unverhofft zu dieser Darstellung natürlich unter Berufung auf das vorerwähnte Preßgesetz folgende noch Schema F hergestellte sog. Verichtigungen:

„Herr S., den 2. Januar. Nachstehende Verichtigung der in Nr. 50 der Bergarbeiter-Zeitung, Seite 5, unter dem Reimworte „Ein Opfer der schwarzen Listen“ veröffentlichten Notiz ersuchen wir Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen: Es ist nicht richtig, daß dem Arbeiter Sobierski, der durch Selbstmord geendet hat, auf Zeche Freie Vogel und Unverhofft gesetzt worden ist, er müsse wieder auf Zeche Margarethe anfangen. Ebenso ist unrichtig, daß S. am 1. Dezember seine Entlassung erhalten sollte und daß dies ihn veranlaßt hat, sich zu entschließen. Richtig ist, daß S. am 15. Oktober gekündigt hat und am 30. Oktober entlassen worden ist. Der Betriebsführer hatte ihm die Kündigung in Aussicht gestellt, falls er nicht vorziehen sollte, selbst zu kündigen, weil er im September nach dem Lohnzuge sieben Schichten willkürlich und ohne Entschuldigunng gefeiert hatte, trotzdem er schon vorher, gleichfalls nach einem Lohnzuge sechs Schichten willkürlich von der Arbeit ferngeblieben war und dieserhalb vom Betriebsführer einen scharfen Verweis erhalten hatte. Für die Entlassung des S. ist ferner bestimmend gewesen, daß er bei seiner Annahme gefälschte Papiere vorgelegt hatte. Er hatte eine Haueraufbehr zum 30. Mai vorgelegt, während er auf Zeche Margarethe bis zum 20. April als Tagesarbeiter beschäftigt war. Endlich hatte der Betriebsführer von den angetretenen Kameraden des S. noch erfahren, daß er oft, auch in der Grube, angetrunken gewesen sei und sehr wenig gearbeitet habe. Hochachtungsvoll: Zeche Freie Vogel und Unverhofft. Die Verwaltung: Schulte, Th. Viehhaus.“

„S. h. e. i. W. 31. Dezember. Wir ersuchen Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes nachstehende Verichtigung der in Nr. 50 Ihres Blattes vom 12. Dezember v. J., Seite 5, unter dem Stichworte: „Ein Opfer der schwarzen Listen“ enthaltenen Notiz zu veröffentlichen: Es ist unwahr, daß der Arbeiter Wladislaus Sobierski wiederholt auf Zeche Margarethe um Arbeit nachgesucht hat, daß er aber stets abgemiesen worden ist, mit der Begründung, der Direktor oder der Betriebsführer seien nicht zu sprechen. S. hat am 20. April unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt, ist nach seiner Ueberzeugung einmal auf der Zeche gewesen. Er hat weder um Wiederanlegung nachgesucht, noch ist er abgewiesen worden. Er hat vielmehr um eine neue Uebernahme gebeten, worauf der betreffende Beamte ihn gefragt hat, ob und wo er nach seinem Fortgang von Zeche Margarethe gearbeitet habe. Er erklärte er sei Gelegenheitsarbeiter, worauf ihm bedeutet wurde, daß er sich seine Entlassungspapiere von seiner letzten Arbeitsstelle zu beschaffen habe. Erst später hörten wir, daß er auf der Zeche Freie Vogel und Unverhofft in Arbeit stünde. Auf der Liste der kontraktbrüchigen Arbeiter hat S. nur bis zum 2. November gestanden. Es ist daher unwahr, daß S. dadurch in den Lob getrieben wurde, daß er auf die Liste der Kontraktbrüchigen gesetzt worden ist. Ergebenst: Arbeiterverein der Zeche Margarethe. Der Vorstand: Hohendahl, W. Köllert.“

Es war vorläufig, daß nach dem wir den Fall in unserer Stellung einer Kritik unterzogen hatten, diese Beschuldigungen des toten Kameraden Sobierski nicht ausbleiben. Erst wird der Kamerad auf die gelbe Seite und Moral hochsprühenden Schwarzgen Liston gesetzt und als er aus Verzweiflung darüber Hand an sich legte, schreit man sich nicht, ihn noch über das Grab hinaus zu beschimpfen, ihn als einen Menschen hinzustellen, der wegen Unmühsel, Kränklichkeit und Vorlegung gefälliger Papiere, einlassen worden sei. Es ist ja sehr leicht und absolut ungehörig, einen Toten, dessen Mund auf ewig verstummt ist, noch über das Grab hinaus zu beschimpfen. Damit wird aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß er auf die Schwarze Liste gesetzt, wie ein kühner Hund von einer Besche ganz anders gehandelt wurde, was von ihm die Beschuldigungen aber zu halten ist, ergibt sich daraus, daß Sobierski von seinen Kameraden und Kameraden das beste Zeugnis ausgeht und er als ein braver, ruhiger, tüchtiger und fleißiger Arbeiter geschildert wird; der erst zu „bummeln“ und zu „relaxen“ anfing, als man ihm auf der Besche gesagt hatte, daß er wieder gefolgt werden müsse. Nach der Darstellung seines Kameraden war er auf freie Vogel und Unerkennung hin angenommen worden, weil man übersehen hatte, daß er auf der Schwarzen Liste stand. Später hat man dieses Versehen bemerkt — vielleicht nachdem man von Margarethe einen Wink mit dem „Saunp“ erhalten hatte — und da wurde ihm gesagt, daß er sich von Margarethe „reine“ Papiere holen müsse, sonst könne man ihn nicht gebrauchen. Das stimmt auch mit der Angabe der Besche Margarethe überein, daß Sobierski dort gewesen sei und um neue Papiere gebeten habe. Als Sobierski Sand an sich legte, war er bereits mehrere Wochen arbeitslos, außerdem wußte er nicht, daß die Besche während der er auf der Schwarzen Liste stand, abgelassen war. Die Verzweiflung darüber, daß er arbeitslos war und keine Aussicht hatte, Arbeit zu finden, machte ihn mut- und toplos und bewog ihn dann zu seinem unglücklichen Schritt. Das ergibt sich auch daraus, daß er einem Kameraden erklärt hat, daß er von freier Vogel und Unerkennung wieder fort müsse, man sage ihm immer wieder, sein Nachfragen nach Arbeit sei zwecklos. Es wird also an unserer Darstellung des Sachverhalts und der Tatsache, daß Sobierski durch die Schwarzgen Listen in Verzweiflung und in den Tod getrieben wurde, durch vorstehende sog. Berichtigungen nichts geändert.

Schwarze Listen gegen Geistliche!

Was man doch alles erleben muß! In der „N.-W.-Z.“ war Beschwerde geäußert worden über die geheimen Führungslisten im Geere, die Zentrums- und vertriebene diese Beschwerde und verurteilte mit Recht die heimliche Brandmarlung irgendwelcher unbedeutsamer Angehöriger. „Doch das Unglück zehlet schnell.“ Aus der Erzählung folgt, daß die katholische Geistliche eine Zuschrift, aus der hervorgeht, daß in geistlichen Kreisen das Spionagesystem und die heimliche Ueberwachung ebenfalls unbekannt ist. Der katholische Geistliche schreibt in der „N.-W.-Z.“:

In weitesten Kreisen hat die in Ihrem geschätzten Blatte von einem höheren Offizier unterzogene Kritik der geheimen Führungslisten im Geere großen und berechtigten Beifall gefunden. Selbst die Zentrumsblätter brachen den Artikel ab, dieselben Blätter, die im Kampfe für „Wahrheit, Freiheit und Recht“ sich wohl hüten, eine wenigstens ebenso berechtigte Kritik der geheimen Führungslisten über die Geistlichen bei der höchsten Behörde anzunehmen. Diese unabhängigen Zentrumsblätter müssen nicht genug zu schreiben über den Hyphantismus anderer Parteien gegen Hof- und Regierung, treiben aber selbst den ärgsten Hyphantismus gegen Bischöfe und Papst. Da ist jede Rede, noch so phrasenhaft, eine bemerkenswerte Neu erung des konfessionellen Friedens, jede Maßnahme, mag sie noch so falsch, ungerührt und kurzichtig sein, bewundernswert. Genau Kenner der Verhältnisse wissen darüber manch' Stillsitzen zu sagen. Bei der höchsten Behörde ist die Führung der geheimen Listen um so unbilliger, als doch gerade im geistlichen Stande viel mehr als in jedem anderen Verufe Vertrauen der Vorgesetzten und Untergebenen gegen einander, offene gegenseitige Aussprache, die erste Bedingung zu berufstätiger Tätigkeit ist. Über Takt dessen wird schon bei der Vorbereitung zum Stande in den Konvikten und Seminaren die geheime Führungsliste begonnen, Denunziationen selbst verläumdlicher Art werden darin aufgenommen, ohne daß den Betreffenden davon eine Mitteilung gemacht wird, und so geht es weiter während der späteren Laufbahn.

Als Beleg mag dafür unter anderem gelten, daß bei Klagen über Geistliche bei der vorgesetzten kirchlichen Behörde den Belastungen nicht einmal der Wortlaut der Klage, noch der Ankläger genannt wird, so daß eine Rechtfertigung oder eine Erklärung über den Ursprung einer Klage, die oft aus den niedrigsten Motiven, wie Neid, Herrschsucht oder Rache sucht hervorgeht, einfach unmöglich ist. Auch jeder Geistliche muß das Recht erhalten, Einblick in seine Führungsliste zu verlangen, er muß verlangen dürfen, daß eventuelle Klagen über ihn ihm zur Rechtfertigung wörtlich mitgeteilt werden, er kann auch verlangen, daß ihm der Name der Kläger mitgeteilt wird. Nur durch offenes und ehrliches Vorgehen kann gegenseitiges Vertrauen bewahrt werden. Wenn Bischöfe sich im Stillen über mangelndes Vertrauen von Seiten ihrer Untergebenen beschwerten, so mögen sie ihr eigenes Gewissen und das ihrer Räte einmal erschrecken und in den erwähnten Punkten gründliche Remedur schaffen!

Das ist ja allerhand! Die Geistlichkeit erklärt hoch, sie sei die Berufene Vertreterin der Lehre von der christlichen Nächstenliebe, und nun erfahren wir, daß die geistlichen Herren unter sich selbst schwarze Listen führen, den eigenen Mitschreibern hinterlistig anschwärzen bei den Oberen, die ihrerseits dem Denunzierten und Verurteilten nicht einmal Kenntnis geben von den gegen ihn gerichteten geheimen Anklagen! Wo bleibt denn da die Ausübung der allerbarmernden Nächstenliebe, die Christus nicht nur gepredigt, sondern auch praktisch geübt hat! Wenn sich die Geistlichkeit selbst gegenseitig in solcher Weise hinterlistig bekämpft, wie kann sie anderen Moral predigen? Da so etwas am grünen Holze geschieht, was kann man vom dürren erwarten? Es wird eben auch dort nur mit Wasser gesüßt, wo man uns gern glauben machen will, es kämen nur Krafttuppen aus der Kühle. Geht es, wie von dem kundigen Geistlichen geschildert, in geistlichen Kreisen so zu, dann wundern wir uns über die oft von jeder christlichen Nächstenliebe freie Handlungsweise gewisser Geistlichen gegen die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes erst recht nicht mehr.

Die nationalliberale Partei als Geldspender der christlichen Gewerkschaften.

Im Wahlkreise Siegen entschlüpfen in der Hitze des Gefechts den Rednern der gegnerischen Parteien sehr beachtenswerte Geständnisse, von denen nachstehendes jedenfalls das interessanteste ist. Mehr als 20 christlich-soziale Redner verjagten Kampfsitz nachzuweisen, daß die nationalliberale Partei und deren Kandidat Herr Berghauptmann Vogel, im Dienste der reinlich-weißlichen „Industrie-Kehe“ und von dieser material unterstützt würde. Deshalb seien auch die Nationalliberalen Gegner des Koalitionsrechts und die Arbeiter sollten den gegenseitigen Versicherungen der nationalliberalen Redner keinen Glauben schenken. Die nationalliberalen Redner beizogen demgegenüber, daß die nationalliberale Partei ein Freund christlicher Gewerkschaften sei. In einer nationalliberalen Wahlversammlung in Buschhütten, am 7. Januar, warf der christlich-soziale Redner, Hoppel-Sagen, der nationalliberalen Partei Gegnerschaft gegen die christlichen Gewerkschaften vor, worauf dann der nationalliberale Parteisekretär, Dr. Hugo-Dortmann, antwortete:

Ich verleihe nicht, wie Herr Hoppel behaupten kann, die nationalliberale Partei sei gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Herr Eigentum Mumm ist in Berlin an nationalliberale Abgeordnete herangetreten um materielle Unterstützung und hat auch von den Herren Gelder erhalten zur Erhaltung christlich-sozialer Geschäftsstellen. (Zuruf Hoppel: Das ist nicht wahr.) Dr. Hugo-Dortmann, Herr Hoppel, ich bin bereit, Ihnen die Namen der betreffenden Herren mitzutheilen. (Zuruf Hoppel: Herr Doktor, das ist unmöglich, ich gebe Ihnen 100 Mk., wenn Sie mir nachweisen, daß christlich-soziale Geschäftsstellen mit dem Gelde erhalten wurden.) Dr. Hugo: Christlich-soziale Geschäftsstellen sind damit unterhalten worden. (Zuruf Hoppel: Ja, Herr Doktor, das ist etwas anderes.) Dr. Hugo: Damit ist also bewiesen, daß die nationalliberale Partei die christlichen Gewerkschaften nicht nur anerkennt, sondern auch materielle unterstützt.

Wenn sich zwei streiten, erfährt der Dritte die Wahrheit. Hier haben wir aus dem Munde von Eingeweihten das wertvolle Geständnis, daß die christlichen Gewerkschaften von hochhändigen nationalliberalen Herren Gelder erhalten. Nun braucht man sich über die milde, verschwenderische Geldausgabe, welche die christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften machen, nicht mehr zu wundern; sie erhalten ja nur zu diesem Zweck das Geld von den reichen nationalliberalen Herren, welche doch fast alle Arbeitgeber sind und mehr oder minder mit der Industrie in Verbindung stehen. Uebrigens hat ja auch schon vor Jahren der feilere Vorsteher des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter in einer Versammlung in Schannberg-Orpe angegeben, daß die christlichen Gewerkschaften Gelder aus Nichtarbeiterkreisen erhielten.

Im Wahlkreise Siegen sind während des Wahlkampfes weit über 20 Redner für die christlich-soziale Partei tätig, von denen die Mehrzahl Beamte der christlichen Gewerkschaften sind, die aus allen Gegenden Deutschlands zusammengeholt wurden, um für den die nationalliberalen Herren anbetelnden Herrn Mumm einzutreten. Was aber sagen die christlichen Arbeiter zu ihren hohen Obmannen und zu ihren Führern, die das Geld annehmen! Es wird immer schöner!

Obige Darstellung wird noch ergänzt durch ein im Siegener Wahlkreise verbreitetes nationalliberales Flugblatt. Es heißt da: „Die Behauptung, die nationalliberale Partei habe für soziale und gewerkschaftliche Fragen kein Verständnis, mit der man Stimmen zu fangen sucht, wird durch die Bemerkungen des Herrn Eigentum Mumm, Gelder für christliche Gewerkschaftsbureaus von nationalliberalen Parteimitgliedern zu erlangen, widerlegt.“ Noch in allerjüngster Zeit hat Herr Eigentum Mumm sich an einen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten mit der Bitte gewandt, für eine solche Geschäftsstelle jährlich 1500 Mk. zu bezahlen! Andere und bekannte Fälle ergänzen diese Tatsache!

Im weiteren wird im Flugblatt ausgeführt, wie Herr D. Sieder sich an Bergwerksspekulationen beteiligt hat. Doch davon einmal später. Uns interessieren die Zeitstellungen der Nationalberalen ungemehr. Die Partei der Bergwerksbesitzer wird um Geldunterstützungen für christliche Gewerkschaften angebettelt und zwar durch einen Mann, der eine hervorragende Rolle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung spielt. Mumm ist der Parteigenosse und Freund Franz Behrens und mit diesem dazu berufen, die evangelischen Arbeiter für die christlichen Gewerkschaften warm zu halten. Besonders ist es der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, dem Herr Mumm seine christlich-soziale Sympathie geschenkt hat. Vielleicht ist es gar der Gewerbeverein, für den der Bettel vor sich ging? Wie würden uns darüber nicht wundern. Gewerkschaften, die gegen die Unternehmer ihre Kämpfe richten sollten, lassen von diesem Gelder erbetteln, verlangen Schmiergelder. Das ist in der Tat das neueste. Schmiergelder sagen wir, denn die Nationalliberalen geben kein Geld her ohne Gegenleistung. Und da haben wir wohl das Recht, zu fragen: Was ist für die 1500 Mk. Schmiergelder jährlich versprochen worden, was in den anderen Fällen, wo Gelder erbettelt wurden? Kameraden, laßt euch Antwort geben von den Gewerbevereinsmitgliedern. Vielleicht wissen diese, wie christliche Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern zu handeln verstehen und wozu sie Schmiergelder nötig haben.

Eine Fälschung.

Die „S. M. Z.“ schreibt unter dieser Ueberschrift folgendes: „Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands ließ bekanntlich dem Reichstage eine Petition mit den Hauptwünschen der Bergarbeiter zugehen. Diese Eingabe ist von über 1000 Petenten unterzeichnet worden und gerade in der großen Anzahl der Unterzeichner sah man gewerbevereinsseitig die Hauptkraft der Petition. Vor Wochen aber wiesen wir bereits darauf hin, daß die Öffentlichkeit, wie die Regierung und das Parlament bei Beurteilung gerade dieser Petition vorsichtig sein müssen, da wir Beweise in Händen hatten, daß in verschiedenen Fällen auch Nichtbergleute zu den Unterzeichnern gehören. Wir nahmen selbstverständlich an, daß die Gewerbevereinsleitung diesem Treiben fernstehe und der Urtung auf einzelne liberale, durch systematische Verneugung angeleitete Agitatoren zurückzuführen sei. Nun erhebt aber der alte (sozialdemokratische) Bergarbeiterverband gegen den Gewerbeverein den schwerwiegenden Vorwurf der systematischen Fälschung! Die „Bergarbeiter-Zeitung“ nämlich schreibt in der Nummer vom 2. Januar, anlässlich der Bergrung des Gewerbevereins, sich an dem geplanten deutschen Bergarbeiterkongresse zu beteiligen u. a.: „Der Gewerbevereinsleitung genügt ihre Petition, wo die Sturmbewegung der Bergarbeiter am Tage ist! Fünfmal mehr Bergarbeiter gibt es in Deutschland, als die Petition Namen enthält und diese rühren zu einem großen Teil auch noch von Nichtbergleuten her.“

Also ein großer Teil der Unterzeichner sind nach der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nichtbergleute! Zieht man nun in Betracht, daß die Unterschriften von den Vertrauensleuten des Gewerbevereins gesammelt worden sind, also von Leuten, welche die Personalien der Unterzeichner kennen mußten, so ist nur eine beabsichtigte Fälschung der öffentlichen Meinung anzunehmen. Auch heute sind wir noch der Meinung, daß die Gewerbevereinsleitung den Fälschungen fernsteht; sie wird nun aber jetzt nicht mehr umhin können, der „Bergarbeiter-Zeitung“ vor Gericht Gelegenheit zu geben; den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptung zu führen oder selbst eine strenge Unteruchung über das Zustandekommen der „imponierenden Zahl der Petenten“ einzuleiten. Veruchen die Angaben des sozialdemokratischen Blattes aber wirklich auf Wahrheit, dann ist nicht nur die Petition zwecklos, sondern die Öffentlichkeit ist auch wieder einmal um die Kenntnis, wie die Arbeiterdemonstrationen inszeniert werden, reicher!

Herr M. Kasparek der Herausgeber der „S. M. Z.“ fängt an, seine in letzter Zeit dem Gewerbeverein erwiesene Freundschaft einzustellen, da er einseht, daß die Petition des Gewerbevereins in sich nicht die Wirkung zu verbreiten beginnt, die sich der Gewerbeverein in ihr verspricht. Und da geht dem Herrn Kasparek die Treue zu den Bergwerksbesitzern doch höher als die Freundschaft in Sachen des Kongresses zu den Christlichen. Freilich, wir stehen auf dem Standpunkt, die Petition des Gewerbevereins wird die Wirkung ausüben, die sie hat. Etwas an ihr zu verkleinern, fällt uns nicht ein. Wir betrachten eine Petition gleichfalls als ein Mittel um auf eine Gesetzgebung einzuwirken und wir hätten nur gewünscht, der Gewerbeverein hätte nicht nur von uns 50 bis 60 000 Unterschriften gesammelt, sondern er hätte sich ins Einvernehmen mit uns und den andern Verbänden gesetzt, um die Petition viel wirksamer zu gestalten, als sie jetzt ist. Es war dann nicht notwendig, noch zu Nichtbergleuten zu eilen, um die Ziffer der Unterschriften auf diesem Wege zu erhöhen. Der Gewerbeverein war doch nicht in der Lage, aus seiner Mitgliedschaft allein heraus die Zahl von Unterschriften zu sammeln, die die Petition auch nur einigermaßen hätte, er mußte sich bei Nichtbergleuten und bei den Mitgliedern anderer Verbände bemühen und diese haben unterschrieben. Unser Verband hat seine Mitglieder sogar dazu aufgefordert und so ist eine Petition zustande gekommen, die nicht ganz lässlich ausfällt. Immerhin, der Gewerbeverein hätte besser getan, Nichtbergleute nicht für die Unterschriften heranzuziehen. Diese müßen der Petition nicht, da ja sonst die Gesamtbildung mit in Berechnung gezogen werden muß. Und da wäre die Zahl von 180 000 etwas klein. Denn nun die „S. M. Z.“ den Gewerbeverein auffordert mit uns vor Gericht in dieser Sache zu gehen, so kann unserseitig gesagt werden, daß der Gewerbeverein so etwas höchst untauglich unterlassen wird. Und welcher Zweck sollte dabei erreicht werden? Die Petition ist da, zählt angeblich 180 000

Unterschriften, darunter eine große Anzahl von Nichtbergleuten. Der Wert einer Petition richtet sich nach diesen Unterschriften. Was soll da das Geräch noch feststellen? Etwa „die beabsichtigte Fälschung der öffentlichen Meinung“? Sie kommt nicht in Frage, da ja das Parlament die Petition nachprüfen kann und irgend eine „beabsichtigte Fälschung“ nicht vorliegen kann; weil der Gewerbeverein unsere Darstellung von den Unterschriften der Nichtbergleute ja gar nicht abstreitet. Erst wenn das geschähe, dann liegt die Fälschung vor und das mit Unrecht. Die Kasparek'sche Notiz schiebt uns also mit Unrecht an, daß wir gegen den Gewerbeverein den Vorwurf der systematischen Fälschung erhoben haben. Das ist Kasparek'sche Mache. Wir haben gesagt was ist und der Gewerbeverein gibt sich damit ab, weil er gleichfalls weiß, wie seine Petition ausfällt. Das Urteil über die Wirkung der Petition können wir ruhig denen überlassen, die sie zu prüfen und darüber zu entscheiden haben.

Christliche Saalabtreiber.

Am 22. November 1908 sollte in Dordum beim Wirt Münnichhof eine Belegschaftsversammlung der Besche Raddob stattfinden, um die Ursachen des am 12. November erfolgten Massenauflaufs auf die Besche zu besprechen. Christliche Saalabtreiber, u. a. war auch der Bezirksleiter Teubridge genannt, suchten aber diese Versammlung zu hinterreiben, indem sie den Wirt zur Zurückziehung seines Saales veranlaßten. Dies unehrliche und jedenfalls sehr unchristliche Verhalten unterzogen wir in unserer Nr. 48 einer Kritik, worüber sich Teubridge beleidigt fühlte und zum Rabi lief. Die Tageschrift ist uns soeben zu gegangen, was wir sehr begrüßen, denn dadurch wird es uns möglich, die Saalabtreiber vor Gericht feststellen zu lassen.

Berichtigung.

Dem „Bergknappen“ glug folgende Berichtigung zu: „In die Redaktion des „Bergknappen“, Essen (Ruhr).“

In Nr. 2 des „Bergknappen“ vom 6. Januar d. J., bringen Sie einen angeblich dem „Gewerbeverein“ entnommenen Bericht über eine am 6. Dezember 1908 stattgefundene Belegschaftsversammlung der Besche Bruchens II. Da der Bericht eine Unzahl, auch in bezug auf meine Person, unwahre Behauptungen enthält, fordere ich Sie hiermit auf, in der nächsten Nummer des „Bergknappen“ folgende Berichtigung des fraglichen Artikels anzunehmen:

Es ist nicht wahr, daß zwischen mir und dem Herrn Hartke vom Gewerbeverein S. D., der wie ich als Referent erschienen war, sofort eine Reiberei entstand, mehr ist vielmehr, daß wir uns in der kollegialsten Weise über die Festlegung der Tagesordnung für die Versammlung unterhalten haben.

Es ist ferner nicht wahr, daß ich das erste Thema nicht erörtert haben wollte, weil die Beamten der Besche zahlreich erschienen waren. Wahr ist, daß ich wiederholt die Beschebeamten durch Einspruchsbedeutung zu den Belegschaftsversammlungen eingeladen habe.

Es ist auch nicht wahr, daß die „Genossen“ in der Versammlung auf die Bühne sprangen und handgreiflich wurden. Wahr ist, daß die Versammlung nur gegen das Verfahren der Versammlungsabteilung protestierte, weil sie den vorher gefassten Beschluß der Versammlung ignorieren wollte. Daß es dabei in einer großen Versammlung etwas unruhig zugeht, ist selbstverständlich.

Es ist endlich nicht wahr, daß nach Schluß der ersten Versammlung sofort von mir eine neue anberaumt wurde. Wahr ist, daß die Versammlung infolge Anwesenheit des Bureau's weiter tagte.

Dordum, den 7. Januar 1909. Heinrich Bartels.

Das Haupt der „Reichstreuen“.

Gustav Ermer bekam am 18. Dezember vom Schöffengericht in Waldenburg einen kleinen Denkartel für eine Beleidigung des Kameraden Meinde in Altmasser. Im Anschluß an die Altmasserdenunziationen der „Bergarbeiter-Zeitung“ in der „Volkswacht“ hatte Ermer im „Feierabend“ behauptet, daß nicht bloß im reichstreuen Verein Schlanperieren in der Kassenführung vorgekommen seien, sondern daß auch im Sozialdemokratischen Verein die Kasse nicht stimme. Der Revisor Lüders hätte in einer Versammlung im Frühjahr 1907 bekannt, daß in den Sammelstellen mehr Geld eingekassiert gewesen sei, als vorhanden war.

Meinde als Vereinskassierer klagte daraufhin wegen Beleidigung. Ermer suchte den Wahrheitsbeweis anzutreten, daß tatsächlich Lüders eine solche Uebersetzung getan habe. Das mißglückte jedoch vollständig; die Verhandlung ergab nicht mehr, als daß der Kassierrevisor Lüders in der fraglichen Versammlung die unübersehbare und zeitraubende Art der Kassenführung gerügt hatte, im übrigen aber die Kasse in vollständiger Ordnung fand. Ermer hatte also jedenfalls, um den Einbruch der Altmasserdenunziationen abzuschwächen, den Kohl eines Märchen-erzählers für bare Münze genommen, ein Versehen, das ihm ja schon mit seiner „Laufstiefen“-Geschichte passierte. Diesmal kam ihm seine „Reichstreuen“-Beleidigung — die ihn nun dann erlag; wenn sie sich gegen seine Gegner ausrichten läßt — doch etwas teurer zu stehen. Er wurde zu Meinde das Recht zuerkannt, das Urteil in der „Volkswacht“ und im „Feierabend“ auf Ermer's Kosten zu publizieren.

Eine andere Verhandlung wurde vertagt; hier war Kamerad Haupt aus Weisteln Kläger. Ihm war von Ermer im „Feierabend“ gleichfalls der Vorwurf der Unterschlagung, und zwar von Geldern des Bergarbeiter-Verbandes, gemacht worden. Nachdem aber die gesamte Zahlstellen-Verwaltung öffentlich gegen die Verunglimpfung ihres Kassierers Protest einlegte und die Ermer'sche Behauptung als Schwindel nachwies, verurteilte Ermer den Druckfehler (H) für sein Versehen“ haftbar zu machen. Er behauptete nämlich ganz fromm und frei, „er hätte gar nicht den Bergarbeiterverband in Weisteln, sondern den Bauarbeiterverband in Weisteln gemeint.“ Als Beweis dafür legte Ermer das Manuskript des fraglichen Artikels vor, in dem allerdings das Wort „Bergarbeiter“ in „Bauarbeiter“ umgeändert war. Da die Uebersetzung aber den Einbruch machte, als ob sie erst nach dem Druck, vielleicht gar erst nach der Klageerhebung vorgenommen sei, beschloß das Gericht, die Seger der „Feierabend“-Druckerei als Zeugen zum nächsten Termin zu laden. Das beste an der Geschichte ist, daß es einen Bauarbeiterverband in Weisteln gar nicht gibt und deshalb nur unser Kamerad vom Bergarbeiterverband gemeint sein kann. So springt dieser Mann mit der Ehre unserer Kameraden um, und das entspricht auch seiner sonstigen Kampfweise gegen unseren Verband und seine Mitglieder. Wir halten es darum im Interesse und zum Schutze unseres Verbandes und seiner Mitglieder für notwendig, einmal tutz den

Verdengang des jekt mit 6000 Mk. besoldeten Gustav Ermer.

zu schildern. Ermer ist aus der M.-Gladbacher Jesuitenschule, der schon so viele „große“, später zu hohen Titeln als „Generalsekretäre“, „Geheimräte“ u. f. gelangte „Geister“ entpiffen sind, hervorgegangen. Die „Vorsehung“ hat ihn also von vornherein zu „höherem“ erkoren. Zunächst mußte er sich allerdings mit dem sehr profanen Posten eines Konsumverwalters in Siegerland begnügen. Sein „geueral“ Geist aber offenbarte sich hier bald, als er sich selbst in die Höhe des Schwens hineinwagte und einen Miesepump bei den versuchte, die er aus „nationalen“, „religiösen“, „politischen“ und „patriotischen“ Gründen als „Vaterlands- und Religionsfeinde“ mit allen Mitteln bekämpfte. Zu diesem Zweck fandte er an Leimpeters, jedenfalls weil er glaubte, der geleimte Hannes würde am ersten auf den Leim hüpfen, folgendes Schreiben:

„Eiferfeld, den 8. April 1904. Herrn Johann Leimpeters Dordum.“

Werter Freund! Mit Gemwärtigem erlaube ich mir, an Euren Vorstand mit nachstehendem heranzutreten: Wir beabsichtigen, innerhalb unserer Genossenschaft eine Belegung unserer Geschäftsguthaben, welche gegenwärtig 48 000 Mk. betragen, vorzunehmen. Wir benötigen einen Betrag von 20 000 Mk., um nicht von Lieferantentrost abhängig zu sein. Andere Kredit-Institute geben uns wegen unsern gemerkschaftlichen Bestrebungen keinen Kredit, und in unserm Gewerbeverein haben wir bekanntlich nichts zu verlieren, weil keine Kasse vorrätig. Die Sicherheit unserer Anleihe ist bedingt durch unser reines Vereinsvermögen von gegenwärtig 50 000 Mk., außerdem eine Kasssumme unserer Genossen von 125 000 Mk. Die Tilgung dieser Anleihe wollen wir durch jährliche Amortisation von 2000 Mk. vornehmen. Bei eventueller Gewährung dieser Anleihe Ihreseits auf unsere Genossenschaft würden wir Ihnen acene 4 1/2 Prozent Zinsen gewähren, indem wir dadurch in den Stand gesetzt werden, bedeutende Konto-Gewinne von unseren Lieferanten bei Begleichung unserer Rechnungen in Abzug bringen zu können. Vom geschäftlichen Standpunkte aus heurteilend, würde die Gewährung dieses Darlehens Ihreseits auf uns beiden Vereinigungen

Bedeutende materielle Vorteile bringen und außerdem für die Zukunft in gewerkschaftlicher Beziehung von weitestgehender und einschneidender Bedeutung sein.

Wir bitten höflich um wohlwollende Behandlung unseres Antrages und legen Ihnen zur besseren Orientierung über unsere Vermögensverhältnisse einen Bilanzabzug und Vereinsstatut bei.

Einer baldigen Benachrichtigung entgegensehend, zeichnet mit kollegialem Gruß

gez. Gustav Ermerz, Geschäftsführer, Eisfeld.

Nachschiff: Lieber Johann! Ich wählte Deinen Namen, weil ich den anderen Herren Eures Vorstandes vollständig unbekannt bin und selbst auch keinen der Herren kenne.

Freundlichen Gruß! Gustav Ermerz

Aus jeder Zeile dieses Schreibens geht hervor, daß Ermerz nur aus laffer „Religiosität“ und „glühendster Vaterlandsliebe“ die „ersten“, „Religionsfeinde“ und Vaterlandsverräter um 20.000 Mk. annehmen wollte.

Der unter Ermerz' „genialer“ Leitung stehende Eisfelder Arbeiter-Konsumverein bezog einen Teil seiner Ware von der Firma Waltrabe in Düsseldorf. Ermerz sollte von dieser Firma für die Liebertragung der Lieferungen an den Konsumverein eine

Provision von 3 Prozent erhalten.

Für diese „natürlich“ von „höchster Religiosität“ und „glühendster Vaterlandsliebe“ getragene „Provisionsvorliebe“ Ermerz zeigte sich jedoch kein Verständnis. Die Sache kam dem Aufsichtsrat des Konsumvereins zu Ohren und dieser trat in später Abendstunden noch zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, deren Folge war, daß Ermerz sein Amt „freiwillig“ niederlegte.

Zu dieser „höchsten Not“ erziehen den Waldenburger Grubenherren Ermerz nach seinem ganzen Bedenken als der geeignete Mann, den Arbeitern den Glauben an ihre „Selbstlosigkeit“ und ihren „Wohltätigkeitsfinn“ wieder erneut einzuflohen und den schlimmen Geist der Selbsthülfe und Vorgehlichkeit zu bannen.

Bei den Grubenherren fand Ermerz also das größte Verständnis und Entgegenkommen, nur die Arbeiter verstanden ihn nicht. Er blieb auch hier „Unverstandene“.

Auch bekundete Zeuge Leimpeters, daß bei einer gelegentlichen Zusammenkunft in Eisfeld Ermerz ihm gesagt habe, daß er den Standpunkt der „Unstürzer“ Sue und Leimpeters, wie diese ihn in der „unstürzerischen“, „Bergarbeiter-Zeitung“ vertreten, teile, daß er aber in diesem Sinne nicht öffentlich herzutreten wolle, weil er als Mitglied des Arbeitervereins und mit Rücksicht auf seine Stellung als Leiter des Konsumvereins, die er dann verlieren würde, zurückstehen müsse.

Das Verdict der „Bergarbeiter-Zeitung“, diese von echt „christlichem“, „patriotischem“ Geist zeugenden „Ruhmestaten“ Ermerz aller Welt fungetan zu haben, wurde vom Gericht anerkannt; aber ihre herbe Sprache mißfiel gar sehr, und die Strafkammer in Waldenburg legte ihm am 31. Oktober d. J. eine Buße von 500 Mk. auf. Ermerz aber erhielt von der Waldenburger Strafkammer nach dem schriftlich vorliegenden Urteil über seinen beim Bergarbeiterverband vorliegenden genialen Riesensumpf u. a. folgendes attestiert: „Zimmerlin aber muß es Befremden erregen, daß der Privatkläger als Leiter eines christlich-sozialen Vereins ein so erhebliches Vergehen bei einer in der Öffentlichkeit vor ihm scharf bekämpften sozialdemokratischen Organisation aufzunehmen beabsichtigte.“

Ueber die Provisionsvorliebe Ermerz wird in dem Urteil u. a. gesagt: „Sein Verhalten in diesem Falle erscheint deshalb — wenn er auch tatsächlich nichts Unrechliches getan hat — in moralischer Beziehung anstößig, es hat auch sehr natürlich in dem Eisfelder Konsumverein starke Mißbilligung erregt und den — freiwilligen oder unfreiwilligen — Rücktritt Ermerz zur Folge gehabt.“

Wir haben nach vorstehendem nur den einen Wunsch: Möge Ermerz den Waldenburger Grubenherren noch recht lange erhalten bleiben. Die Geheimisdranten können dadurch an Interesse nur gewinnen. Unsere Kameraden aber wissen jetzt, wer der Mann ist, der ihre Ehre angutachten magt und unsern Verband und seine Angestellten fortgesetzt beschimpft und in den Kot zu zerren sucht.

Bohum. Der Prozeß Spaniol findet nun endlich am 19. Januar vormittags 10 1/2 Uhr vor dem k. k. Schöffengericht in Oberhausen statt. Durch das Verhalten Spaniol's ist die Angelegenheit viele Monate hindurch verstockt worden. Öffentlich braucht die Verhandlung diesmal nicht wieder seine Wege verlagert zu werden.

Glückw. Als ein Unrecht empfanden die Bergarbeiter, die von einer Seite zur anderen wollen oder müssen, die Verschaffung eines Wagnisartikels. Es wurden auch schon mehrfach Stimmen laut, daß diesem Unrecht bald abgeholfen werden müßte. Es ist einfach himmelschreiend, wenn man sehen muß, wie so den Bergleuten mitunter die letzten Groschen abgehöpft werden.

ein paar Stunden holt man sich den Schein, ohne überhaupt Not abzugeben zu haben. Auf dem Schein steht dann groß und breit, daß der betreffende Arbeiter an den drei Daten auf Ankylostomiasis (Wurmkrankheit) untersucht worden ist. Derjenige, der glaubt, mit dieser Krankheit behaftet zu sein, ist ja ein Fremd dieser Art Untersuchung. Er bleibt vor der Pforten bewahrt. Eine Untersuchung solcher Art kann aber lange nicht genügen. Diese Prozedur wird fast allwärts gleich gehandhabt.

Oberbergamtsbezirk Bonn. Glueck. Der Bergarbeiterverband berief Ende November eine Anknappungskonvention ein, in der Kamerad Witt aus Bohum über Arbeiterwahlen und deren Wichtigkeit für die künftigen Braunkohlenarbeiter redete. Kurzlich wurde nun der Vertrauensmann des Verbandes zum Bürgermeisterrat geladen und einem peinlichen Verhör unterzogen.

ein paar Stunden holt man sich den Schein, ohne überhaupt Not abzugeben zu haben. Auf dem Schein steht dann groß und breit, daß der betreffende Arbeiter an den drei Daten auf Ankylostomiasis (Wurmkrankheit) untersucht worden ist. Derjenige, der glaubt, mit dieser Krankheit behaftet zu sein, ist ja ein Fremd dieser Art Untersuchung. Er bleibt vor der Pforten bewahrt. Eine Untersuchung solcher Art kann aber lange nicht genügen. Diese Prozedur wird fast allwärts gleich gehandhabt.

ein paar Stunden holt man sich den Schein, ohne überhaupt Not abzugeben zu haben. Auf dem Schein steht dann groß und breit, daß der betreffende Arbeiter an den drei Daten auf Ankylostomiasis (Wurmkrankheit) untersucht worden ist. Derjenige, der glaubt, mit dieser Krankheit behaftet zu sein, ist ja ein Fremd dieser Art Untersuchung. Er bleibt vor der Pforten bewahrt. Eine Untersuchung solcher Art kann aber lange nicht genügen. Diese Prozedur wird fast allwärts gleich gehandhabt.

ein paar Stunden holt man sich den Schein, ohne überhaupt Not abzugeben zu haben. Auf dem Schein steht dann groß und breit, daß der betreffende Arbeiter an den drei Daten auf Ankylostomiasis (Wurmkrankheit) untersucht worden ist. Derjenige, der glaubt, mit dieser Krankheit behaftet zu sein, ist ja ein Fremd dieser Art Untersuchung. Er bleibt vor der Pforten bewahrt. Eine Untersuchung solcher Art kann aber lange nicht genügen. Diese Prozedur wird fast allwärts gleich gehandhabt.

ein paar Stunden holt man sich den Schein, ohne überhaupt Not abzugeben zu haben. Auf dem Schein steht dann groß und breit, daß der betreffende Arbeiter an den drei Daten auf Ankylostomiasis (Wurmkrankheit) untersucht worden ist. Derjenige, der glaubt, mit dieser Krankheit behaftet zu sein, ist ja ein Fremd dieser Art Untersuchung. Er bleibt vor der Pforten bewahrt. Eine Untersuchung solcher Art kann aber lange nicht genügen. Diese Prozedur wird fast allwärts gleich gehandhabt.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Glueck. Der Bergarbeiterverband berief Ende November eine Anknappungskonvention ein, in der Kamerad Witt aus Bohum über Arbeiterwahlen und deren Wichtigkeit für die künftigen Braunkohlenarbeiter redete. Kurzlich wurde nun der Vertrauensmann des Verbandes zum Bürgermeisterrat geladen und einem peinlichen Verhör unterzogen.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Groß-Rhiden. Herrn Direktor Sander von Gewerkschaft Hermann II bei Groß-Rhiden scheint der Bergarbeiterverband nicht zu behagen. Das wäre ihm nicht gerade über zu nehmen, wenn er zu dessen Bekämpfung nicht Mittel anwendete, die sonst jeder anständige Mensch meidet.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Gottesberg. Zum Saalkohlort. Wie die Kameraden wissen, sind es die Herren Hänel, Hotel Glück auf und Embreich, Hotel Schwarzes Roth, welche sich immer noch nicht bemißlich fühlen, ihre Lokale der Arbeitergesellschaft zu Verammlungen zur Verfügung zu stellen.

Süddeutschland und Reichslande.

Gegen die Oberbayerische Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau und ihre Verwaltungsverhältnisse nahm eine von über 800 Arbeitern und Bürgern besuchte Versammlung welche am 27. Dezember 1908 in Wiesbad stattfand, in scharfer Weise Stellung. Auch wir haben uns leider häufig mit dieser Gesellschaft in unserer Zeitung beschäftigen müssen.

Frankengeldauszahlung. Steier. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Lokale Witzl, Spies, Knigsstele. Sischede. Das Frankengeld wird jeden ersten Sonntag, morgens 10 Uhr, beim Kassierer August Rosel, Hausnummer 102, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgezahlt.

Bibliothek. Raugel. Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag, vormittags von 11 bis 1 Uhr beim Kameraden Karl Wagner, Karlsruferstraße 1, statt.

Bücherrevision. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben. Egershausen. In nächster Zeit. Bornholz-Durholz. Vom 15. Januar bis 1. Februar. Alsenburg. Vom 15. bis 25. Januar. Offen-Weiß-Allendorf. Vom 15. bis 31. Januar. Die Mitgliedsbücher werden eingezogen. Kupferdreh. Vom 15. Januar bis 1. Februar.

wenn diese Herren anstatt 14 1/2 Prozent Dividende vertilgen würden. Im übrigen wundern er sich sehr, daß die Berginspektion immer erst im spät erseine. Mit der Versicherung, alles zu tun, was in seiner Macht steht, und der Bitte, ihm das einschlägige Material zu überlassen, hat Herr Steininger unter Hinweis auf die Gemeinamkeit der Interessen zwischen Bürger- und Arbeitergesellschaft, die folgende, im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute in Saale des „Wiesbacher Hofes“ stattgehabte sehr zahlreich besuchte Versammlung von Bürgern und Arbeitern von Wiesbad erhebt entschieden Protest gegen ein solch schwer schädigendes, das öffentliche Wohl gefährdendes Treiben der Berginspektion der Oberbayerischen Aktien-Gesellschaft für Kohlenbergbau in bezug auf die hiesige Kohlengrube und stellt an die besetzten Vertreter in der Gemeinde, des Wahlkreises und des Staates die Bitte, der Auflösung des Betriebes entgegenzutreten und die Weiterführung des Betriebes bis zur wirklichen Er schöpfung zu veranlassen.

Rabbod-Sammlung.

Table with 3 columns: Name of collection, Amount, and Total. Includes items like 'Bereits quittiert in Nr. 2', 'Von einer Sammlung in der Wirtschaft Witzl, Brücher in Höhe, durch E. Hepp', etc.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Berbandsnachrichten.

Diejenigen Kameraden unseres Verbandes, die als Delegierte zum Bergarbeiterkongreß in Berlin gewählt sind oder noch gewählt werden, wollen uns unverzüglich ihre genaue Adresse angeben zwecks Zufindung von Material usw. Gleichzeitig ersuchen wir die Delegierten, uns Mitteilung bezüglich des Vogels zukommen zu lassen. Solche sind von 2 Mark an und höher in der Nähe des Kongreßlokals zu haben. Wer sich nicht meldet, kann von uns nicht berücksichtigt werden und muß sich daher selbst Quartier besorgen.

Da die Arbeitslosigkeit auch in unserm Beruf in der letzten Zeit erheblich zugenommen hat, beschleunigen wir unsere Mitglieder, die auf Arbeitslosenunterstützung Anspruch haben, daß unsere Ortsverwaltungen streng angewiesen sind, nur dann die statutarische Unterstützung auszusprechen, wenn Meldebare, Ausweiskarten und Mitgliedsbuch in Ordnung sind. Sämtliche Unterstützungen müssen unbedingt ins Mitgliedsbuch eingetragen werden. Es ist dies im Interesse einer geordneten Geschäftsführung unbedingt erforderlich.

Ein großer Teil der den Zahlstellen zum Ausfüllen zugesandten Fragebogen zur Jahresbilanz ist noch nicht eingegangen. Ebenfalls stehen von den Zahlstellen außerhalb des Ruhrreviers noch der größte Teil der Fragebogen betreffend der für 1909 gewählten Ortsverwaltungen aus. Wir ersuchen die betreffenden Ortsverwaltungen, ihrer Pflicht nachzukommen und die Fragebogen schnellst möglich auszufüllen einzufenden.

Unsere Vertrauensleute machen wir an dieser Stelle auf das den dieswöchentlichen Zeitungs-paketen beigelegte rote Anwert aufmerksam. Der Vorstand.

Frankengeldauszahlung.

Steier. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Lokale Witzl, Spies, Knigsstele. Sischede. Das Frankengeld wird jeden ersten Sonntag, morgens 10 Uhr, beim Kassierer August Rosel, Hausnummer 102, unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgezahlt.

Wattenscheid I. Der neugewählte Kassierer Carl Berndt wohnt Hülfstraße 31, III. Etage. Das Frankengeld wird jeden Sonntag vormittags 10-12 Uhr dortselbst ausgezahlt. Schmidthorst. Jeden Sonntag vormittags von 10 bis 12 Uhr in der Wohnung des Kassierers Wälfle, Schillerstraße 88a.

Karnap. Jeden Sonntag nach dem 10. und 25. des Monats, vormittags 9-11 Uhr.

Wordeck. Vom 1. Januar 1909 ab nicht mehr Samstags, sondern jeden Sonntag, vormittags 9 1/2-11 Uhr, im Lokale der Witwe Thiesbürger, Niederstraße 101.

Bibliothek.

Raugel. Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag, vormittags von 11 bis 1 Uhr beim Kameraden Karl Wagner, Karlsruferstraße 1, statt.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben. Egershausen. In nächster Zeit. Bornholz-Durholz. Vom 15. Januar bis 1. Februar. Alsenburg. Vom 15. bis 25. Januar. Offen-Weiß-Allendorf. Vom 15. bis 31. Januar. Die Mitgliedsbücher werden eingezogen. Kupferdreh. Vom 15. Januar bis 1. Februar.

Kranzpendenmarken.

Lünern. Im Monat Januar wird eine Kranzpendenmarke gefeiert. Strum. Im Monat Januar ist eine Kranzpendenmarke zu feiern. Rühlhausen-Neigen. Im Monat Januar wird eine Kranzpendenmarke für das IV. Quartal 08 gefeiert. Wir ersuchen die Kameraden, dieses zu beachten. Dellingshausen-Neigenhausen. Für den Monat Januar wird eine Kranzpendenmarke gefeiert. Stecke. Im Monat Januar wird eine Kranzpendenmarke gefeiert. Seisentröhen III. Im Monat Januar wird eine Kranzpendenmarke gefeiert. Sütgendortmund. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich die Wohnung des Vertrauensmannes Friedrich Weis vor jetzt ab Rostmannstraße Nr. 47, befindet.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Abendstätte und amliegende Zahlstellen. Jeden Mittwoch, abends 7 Uhr. ...

Jeden Sonntag nach dem 10. des Monats: ... Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats: ...

Dresden, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn W. Ruder. ...

Berndorf, Nachmittags 4 Uhr, im 'Sellenleier'. ...

Die Welt erobert haben sich die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: Die Bergschule, die Glasschleiferschule.

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek ist jeden Sonntag, vormittags von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr u. jeden Mittwoch, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Wartezimmer des Arbeitersekretariats, Wiemelshausenstraße 40, geöffnet.

Bergmanns-Unterstützungs-Verein 'Glückauf' Hasslinghausen. Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. W. Jansen: General-Versammlung.

Dankagung. Für die jährliche Beteiligung an der Beerdigung meines geliebten Mannes und anderer guten Vaters, sowie für die lobende Kranzsende sagen wir den Angehörigen der Bahnhofs-Caproy innigsten Dank.

Dankagung. Für die jährliche Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Mannes Jakob Mosser sowie für die lobende Kranzsende sagen wir den Angehörigen der Bahnhofs-Caproy innigsten Dank.

Elektrilliere. Die selbst! Kleinstes, leichtestes, bequemstes, haltbarstes, preiswertestes, einfachstes, schönstes, praktischstes, zuverlässigstes, leichtest zu bedienendes, einfachstes, schönstes, praktischstes, zuverlässigstes, leichtest zu bedienendes.

3. Raub-Sellerkontrolle untersucht Weiss- u. Rotwein 70 Pf. p. Str. u. p. Pf. mit Glas. ...

Statt 18 Mark nur 6 Mk. 6 Mark. ...

Varenf. J. König, Wien 83, Kaiserstraße 101. ...

Vourage-Gändler. ...

Öffentliche Belegchäfts-Versammlungen. Sonntag, den 17. Januar 1909: ...

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen. Sonntag, den 17. Januar 1909: ...

Ich bin von Rheumatismus geheilt. ...

Also Kranke verzaget nicht. ...

Rotwein zu 68 Pf. ...

Ernst Reinh. Voigt, Marknenkirchen Nr. 492. ...

Achtung Mors! ...

Kolonialwaren-Geschäft. ...

Tausende Raucher empfohlen. ...

Geschenkt. ...

Nervenschwäche. ...

Liebhabe. eines zarten reinen Gesichts mit rosigen gelblichroten Aussehen, weißer sammetweicher Haut und blendend schönem Teint, gebrauchen die allein echte Steckpferd-Lilienmilch-Seife von Bergmann & Co., Radebeul-Dresden.

Fahnen. Godesberger Fahnenfabrik Otto Müller, Bad Godesberg, Rheinl.

Ich bin von Rheumatismus geheilt. ...

Also Kranke verzaget nicht. ...

Rotwein zu 68 Pf. ...

Ernst Reinh. Voigt, Marknenkirchen Nr. 492. ...

Achtung Mors! ...

Kolonialwaren-Geschäft. ...

Ein Sortiment Lieder. ...

Das neue Bett. ...

Nur 27 Pf. pro Pfund. Ia. Schweine-Klein-Fleisch. ...

bestes Futterfalkpräparat. ...

Machen Sie daher einen Versuch! ...

M. Brockmanns. ...

Meinel & Gerold. ...

folgende Bürger des Dr. med. ...

Lebenskunst-Heilkunst. ...

Echte Hienlong-Essenz. ...

Glück auf! ...

Lebe hoch! ...

Lebe hoch! ...

Bettmässen. ...

Unfälle u. Erkrankungen im Ruhr-Bergbau. ...

Horsternmark. ...

Rasier-Geschäft. ...

Lothring. Rotwein. ...

Wer Stellung sucht. ...

Zylinder-Seidengüte. ...

General-Versammlung. ...

Protokoll. ...